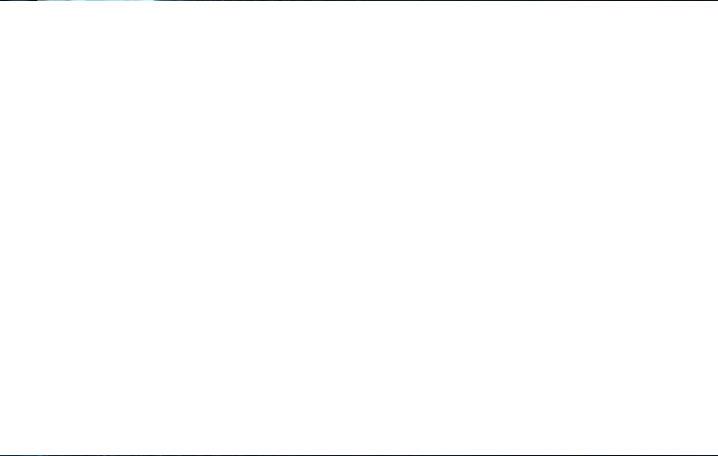


# Bei uns in NRW

Das Magazin der  
CDU Nordrhein-Westfalen



- Die Zahl der Gewaltdelikte gegen nimmt stark zu.
- Über 80 % der Beamten wurden beleidigt oder bedroht, über 90 %
- 50 % wurden gestoßen oder fest-
- 25 % wurden geschlagen oder ge-
- 10 % wurden mit einer Waffe ange-



*Unsere Polizei ist da, damit  
wir uns überall sicher fühlen.*



*Respekt & Anerkennung  
für unsere*

**POLIZEI**

Eine Initiative der



**CDU**



*Liebe Leserin und Leser,*

Ärgert Sie auch, dass die meisten Einbrüche in Deutschland hier bei uns, an Rhein, Ruhr und Weser stattfinden? Ärgert Sie auch, dass der Innenminister die innere Sicherheit vernachlässigt und stattdessen tausende Polizisten mit PR-Mätzchen wie seinen Blitzer-Marathons belastet? Wir brauchen einen Neuanfang in der Innenpolitik und deshalb ist dieses Heft auch diesem Thema gewidmet.

Wenn ich in diesen Tagen unterwegs bin, erlebe ich viele Menschen, die sich ärgern und die enttäuscht sind: Eltern, die der Unterrichtsausfall und die chaotische Umsetzung der Inklusion empört, Pendler und mittelständische Unternehmer, die immer länger in Staus stehen, während die Landesregierung die Bundesmittel zur Reparatur der Straßen und Brücken beim Bund nicht abrufen, Bergleute, die durch die falsche Garzweiler-Entscheidung den Verlust zehntausender Arbeitsplätze fürchten, Weltmarktführer im ländlichen Raum, denen der Landesentwicklungsplan jegliche Entwicklungschance raubt, Studierende und Professoren, die sich über die Abschaffung der Hochschulfreiheit ärgern, Jägerinnen und Jäger, deren ehrenamtliches Engagement diskreditiert wird durch ein ideologisches neues Jagdgesetz.

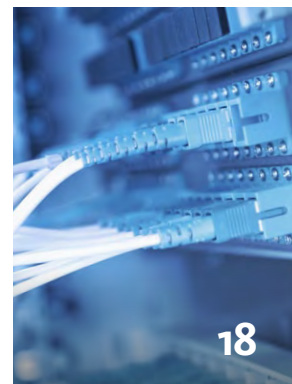
Wichtig ist, jetzt nicht in Resignation und Politikverdrossenheit zu verfallen. Nordrhein-Westfalen kann mehr. Es wird leider unter Wert regiert.

Es wird immer deutlicher, dass Nordrhein-Westfalen reif für einen politischen Wechsel und einen neuen Aufbruch ist. Es wird ein anstrengender Kraftakt, der nur gelingen wird, wenn Menschen bereit dazu sind, mehr zu machen, als nur ein Kreuz bei der Wahl. Deshalb starten wir mit diesem Heft unsere neue Mitgliederwerbemaßnahme „Mach mehr für NRW als nur ein Kreuz“. Wir brauchen Menschen, die aktiv mitdenken, mitarbeiten und sich für die CDU Nordrhein-Westfalen stark machen. Haben Sie Verwandte, Freunde und Bekannte, die sich im Freundeskreis oder am Stammtisch, im Verein, am Arbeitsplatz oder in der Kita geärgert haben? Laden Sie sie ein mitzuarbeiten am großen Projekt des Wechsels 2017.

Herzliche Grüße

*Andreas Lisch*

# Inhalt



## Laschet trifft

- 6 Kriminalpolizist Rüdiger Thust: „Die CDU ist die Partei mit der größten innenpolitischen Kompetenz“

## CDU in NRW

- 10 Erfolgreicher Bundesparteitag in Köln
- 12 Nordrhein-Westfalen kann mehr!
- 14 Unser Grundsatzprogramm: Das Nordrhein-Westfalen-Programm!
- 16 „Nordrhein-Westfalen muss aufholen!“

## Denkanstoß

- 18 Gastbeiträge von Günther Krings MdB und Thomas Jarzombek MdB zum Thema Vorratsdatenspeicherung

## Im Visier

- 22 Von Nieten und Pulverfässern

## Rubriken

- 1 Editorial
- 3 Meldungen
- 13 Rote Zahlen
- 20 12 Fragen an Ashok-Alexander Sridharan
- 21 12 Fragen an Katrin Brenner
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu-nrw.de

**V.i.S.d.P.:**  
Generalsekretär Bodo Löttgen

**Bild- und Textredaktion, Satz:**  
Beate Müller-van Ißem

**Autoren:**  
Isabelle Fischer, Beate Müller-van Ißem, Ferdinand Schmitz, Stephan Terhorst, Britta Weiss

**Redaktionsanschrift:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 02 11 - 136 00 - 0  
Fax: 02 11 - 136 00 - 15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu-nrw.de

**Layout:**  
Designbüdchen  
Patrick Dahm  
Nelkenweg 12  
42489 Wülfrath  
info@designbuedchen.com  
www.designbuedchen.com

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild: Fotomontage aus Bildmaterialien von Shutterstock und Fotolia.

Laschet: „Ein stiller, aber hoch engagierter Versöhner“

## CDU Nordrhein-Westfalen trauert um ihren Ehrenvorsitzenden Heinrich Windelen



Als „Christdemokraten der ersten Stunde und prägende Persönlichkeit für die gesamte nordrhein-westfälische Union“ würdigte der Landesvorsitzende Armin Laschet den ehemaligen Bundesminister und langjährigen Bundestagsabgeordneten Heinrich Windelen, der am Rosenmontag im Alter von 93 Jahren in Warendorf verstarb.

1921 in Niederschlesien geboren, kam Windelen 1946 nach Abitur und Kriegsdienst als Heimatvertriebener nach Warendorf, wo er der westfälischen CDU beitrug und später die Junge Union mitbegründete. Zunächst kommunalpolitisch engagiert, vertrat er von

1957 bis 1990 den Wahlkreis Warendorf im Deutschen Bundestag, dessen Vizepräsident er von 1981 bis 1983 war. 1970 übernahm Windelen das Amt des westfälisch-lippischen CDU-Landesvorsitzenden. Als Dank für seinen großen Einsatz ernannte die Partei ihn zum Ehrenvorsitzenden; eine Auszeichnung, die Windelen später auch im 1986 fusionierten nordrhein-westfälischen CDU-Landesverband zuteil wurde.

„Als heimatvertriebener Ostdeutscher verlieh er den Anliegen und Interessen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler in der nordrhein-westfälischen CDU Gesicht, Gewicht und Stimme“, so Armin Laschet. Folgerichtig wurde Windelen 1969 zum letzten Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte ernannt; von 1983 bis 1987 bekleidete der wertkonservative katholische Christ das Amt des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen. Hier gestaltete er die Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Kohl maßgeblich mit.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat einen eher stillen, dafür aber hoch engagierten Arbeiter am Wohle seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger und überzeugten deutschen Patrioten verloren, dessen Bemühen um Frieden und Aussöhnung mit der Funktion des deutschen Co-Vorsitzenden in der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zwischen 1991 und 1995 seine Krönung erfuhr. ■

[dʒeɪ] [ti:] [aɪ]

**Die drei Buchstaben J, T und I repräsentieren ein Unternehmen mit einer über 100-jährigen Tradition.**

**J** steht für Japan, denn dort ist der Sitz des Konzerns Japan Tobacco, zu dem wir gehören.

**T** steht für Tobacco – ein Naturprodukt mit einer mehr als 500-jährigen Geschichte, das wir verarbeiten und verkaufen.

**I** steht für International, denn wir sind ein global agierendes Unternehmen, das weltweit rund 27.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Für JTI in Deutschland arbeiten im Kölner MediaPark und am Produktionsstandort Trier mit dem dort benachbarten Forschungszentrum über 1.800 Menschen. Wir alle sind stolz darauf, im Jahr 2015 erneut das Top Arbeitgeber Siegel führen zu dürfen.

*Pride in tobacco*

[jti.com](http://jti.com)

NRW-Tag der Jungen Union in Arnsberg

## Florian Braun neuer Landesvorsitzender der Jungen Union

Foto: JU NRW/Sondermann

Unter dem Motto „Stadt. Land. Mensch.“ traf sich Mitte November 2014 die Junge Union in Arnsberg zu ihrem NRW-Tag. Neben inhaltlichen Diskussionen stand die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden im Mittelpunkt.

Neugierde wecken, mehr junge Menschen für Politik und die Junge Union begeistern und klare Kante gegen Rot-Grün im Land – mit diesen Schwerpunkten bewarb sich der 25-jährige Kölner Florian Braun um den Landesvorsitz. 86 Prozent der Delegierten gaben ihm anschließend ihre Zustimmung. Den „rot-grünen Raubzug an den politischen Gestaltungsmöglichkeiten“ will Braun nicht mehr hinnehmen und wirbt daher engagiert für einen christlich-demokratischen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen mit einem klaren Bekenntnis zur jungen

Generation. Insbesondere die Digitale Agenda und die Haushaltspolitik der Landesregierung sind zwei Themen, die er dabei noch stärker in den Fokus rücken will: Auch abseits der tagespolitischen Debatten möchte er sich mit den großen Fragen der jungen Generation auseinandersetzen. „Es geht um unsere Zukunft – wir entscheiden, wie wir morgen, übermorgen und in zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen leben wollen“, so Braun.

Neben den Wahlen für den Landesvorstand diskutierten die Delegierten des 50. JU-NRW-Tags über aktuelle Fragen wie die Zukunft des ländlichen Raums, insbesondere in Hinblick auf den Ausbau der digitalen und verkehrstechnischen Infrastruktur, den Unterrichtsausfall an NRW-Schulen, den Umgang mit Flüchtlingen und eine Reihe von weiteren Themen. ■

Bundesfachausschuss „Gesundheit und Pflege“ konstituiert

### Spahn übernimmt Vorsitz

Mitte November hat sich unter Leitung von Generalsekretär Peter Tauber der Bundesfachausschuss Gesundheit und Pflege der CDU Deutschlands konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Jens Spahn gewählt, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dem rund 40-köpfigen Gremium gehören Vertreter der Landesverbände und der Vereinigungen der CDU an. Der neue Bundesfachausschuss soll in erster Linie Positionen in den Bereichen Gesundheit und Pflege ausarbeiten. Im Hinblick auf die demografische und gesellschaftliche Entwicklung stehen dabei vor allem Fragen der Sicherstellung der flächendeckenden und bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung im Mittelpunkt. ■



Foto: CDU Deutschlands/Bröckelmann

CDU Nordrhein-Westfalen sagt Nein  
zu Gewalt gegen die Polizei

## Respekt und Anerkennung für unsere Polizei!

Die Gewalt gegenüber Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen wächst stetig. Im Jahr 2012 sind erstmals mehr als 10.000 Polizisten im Dienst geschädigt worden. Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt alle 50 Minuten ein Polizist angegriffen, beleidigt, genötigt oder bedroht. Eine Befragung von mehr als 20.000 Polizisten durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) bestätigt: Über 80 Prozent der Beamten wurden schon beschimpft, beleidigt oder bedroht, über 90 Prozent davon sogar mehrfach. Mehr als 4.000.000 Einsätze leisten unsere Polizisten im Jahr für unsere Sicherheit, sei es Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, Straßenverkehr oder die Bewältigung von Großeinsätzen auf dem Wasser, in der Luft und an Land. Bei mehr als 260.000 Notrufen konnten wir uns auf die Hilfe unserer Polizei verlassen. Dafür verdient die Polizei unseren Respekt und unsere Anerkennung – und das will die CDU Nordrhein-Westfalen deutlich und sichtbar machen. Diese Initiative wird in Kürze gestartet, Materialien werden über die Kreisverbände verteilt. ■



Laschet: „Politische Einbindung von Aussiedlern stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“

## Netzwerk Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen gegründet

Am 7. November 2014 hat sich das Netzwerk Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen gegründet. „Menschen, die als Aussiedler und Spätaussiedler nach Nordrhein-Westfalen kommen, kehren in ihre Heimat zurück. Ihre Einbindung in den politischen Diskurs ist von großer Bedeutung und stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“, so der Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet zur Gründung. Laschet weiter: „Ich freue mich, dass mit der Gründung des Netzwerks Aussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen ein neues Sprachrohr entsteht, das die Belange dieser Bevölkerungsgruppe artikuliert und damit zu einem Teil der CDU-Politik werden lässt.“ Generalsekretär Bodo Löttgen ergänzte: „Politik für die Belange der Aussiedler zu gestalten, war stets ein besonderes Anliegen der CDU Nordrhein-Westfalen. Dies wird mit der Gründung fortgesetzt und bekräftigt.“

Die Versammlung wählte den Bundestagsabgeordneten Heinrich Zertik zu ihrem Vorsitzenden. Zertik hat auch den Bundesvorsitz des Netzwerks Aussiedler in der CDU Deutschlands inne. Zu seinen Stellvertretern wurden der Vize-Vorsitzende des



Rings Christlich-Demokratischer Studenten Dietmar Schulmeister aus Leverkusen und die 17-fache Boxweltmeisterin Ina Menzer aus Mönchengladbach gewählt. Der neue Vorsitzende Heinrich Zertik sagte nach seiner Wahl: „Ich freue mich sehr über das mir entgegengebrachte Vertrauen. Meine Vision ist es, dass wir in jedem Kreisverband einen Beauftragten für Aussiedlerfragen haben, der als Ansprechpartner für diese große Bevölkerungsgruppe agiert.“

Das landesweite Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, das Engagement der Aussiedler in den Parteistrukturen zu fördern und sie zur Mitgestaltung der politischen Agenda zu animieren. Besondere Beachtung sollen dabei kulturelle Förderung, Heimatpflege, Heimatkunde sowie der Bildungsbereich finden. ■

**Laschet trifft**

# **Kriminalpolizist Rüdiger Thust**

Im Frühjahr hat die CDU Nordrhein-Westfalen die Initiative „Respekt und Anerkennung für unsere Polizei“ gestartet. Dies hat Armin Laschet zum Anlass genommen, unser Mitglied, den Ersten Kriminalhauptkommissar Rüdiger Thust, zu treffen. Seit 44 Jahren ist Thust Polizist, seit 2001 leitet er ein Kommissariat in Köln

und beschäftigt sich intensiv mit Einbruchskriminalität, speziell mit Diebstählen aus Kraftfahrzeugen. Als stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) engagierte er sich 13 Jahre lang für eine Stärkung der Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen.





**Herr Thust, Sie sind Polizist mit Leib und Seele. Warum haben Sie sich vor 44 Jahren dazu entschieden, zur Polizei zu gehen?**

Es war schon mein Jugendtraum! Ich wusste schon als 15-Jähriger nicht nur, dass ich Polizist, sondern auch, dass ich Kriminalpolizist werden wollte. Mir war klar, dass ich damals dafür die Mittlere Reife brauchte und ich habe mich dann entsprechend angestrengt, sie zu erreichen.

**War Ihr Vater oder jemand anderes in Ihrer Familie auch Polizist?**

Mein Vater war Postbote und meine Mutter hat sich um den Haushalt und besonders um meine drei Brüder und mich gekümmert. Ich glaube, die hatte den stressigsten Job von allen. Nein, der Wunsch war einfach da, ohne dass ich ein Vorbild in der Familie hatte.

**Haben Sie Ihre Entscheidung jemals bereut?**

Nein! Ich liebe meinen Beruf und bin, wie Sie schon sagten, Polizist durch und durch. Ich kann auch nach 44 Jahren im Dienst sagen: Ich

**Früher gab es eine getrennte Ausbildung von Schutz- und Kriminalpolizei. Sollten wir das wieder einführen?**

Ich denke, wir sind zurzeit auf einem absoluten Irrweg. Die fachspezifische Ausbildung hat die Polizisten, besonders bei der Kriminalpolizei, sehr gut und konkret auf ihre jeweiligen Aufgaben vorbereitet. Früher konnten Polizisten sofort loslegen, wenn sie die Ausbildung abgeschlossen hatten. Heute beginnt dann erstmal das ‚Learning by Doing‘. Oftmals sind damit Überforderung und Frustration verbunden. Ich wünsche mir, dass wir schnellstmöglich wieder zu einer fachspezifischen Ausbildung zurückkommen.

„ Die Polizeipräsenz auf der Straße muss – rund um die Uhr – deutlich erhöht werden. “



würde es wieder tun. Mein Beruf ist so spannend und hat so viele Facetten, dass einem niemals langweilig wird. Und diese Abwechslung hilft einem, über den einen oder anderen eher unangenehmen Umstand hinweg zu sehen.

„ Die CDU ist für mich die Partei mit der größten innenpolitischen Kompetenz. “

**Heute braucht man Abitur, um Polizist zu werden. Halten Sie das für richtig oder sollte man den Polizeidienst wieder für Schulabgänger mit mittlerer Reife öffnen?**

Durch die aktuellen Anforderungen verschließt man jungen, motivierten und begabten Menschen die Tür zum Einstieg in den Polizeidienst. Für mich ist das nicht nachvollziehbar. Ich bin überzeugt, dass auch Schulabgänger mit mittlerer Reife große Potenziale haben und gute Polizisten werden können. Hier muss man nochmal neu nachdenken.

**Vor 25 Jahren sind Sie der CDU beigetreten. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?**

Die Entscheidung für die CDU hatte zwei Gründe. Zum einen bin ich von zu Hause aus christdemokratisch geprägt, und zum anderen ist die CDU für mich noch immer die Partei mit der größten Kompetenz im Bereich der Inneren Sicherheit. Ich glaube allerdings, wenn ich das kritisch anmerken darf, dass die CDU in diesem Bereich früher deutlicher klare Kante gezeigt hat. Das vermisse ich heute und da wünschte ich mir ein klareres Profil. Auch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung war die Innenpolitik zu sehr von der FDP geprägt. Ich hoffe, dass Sie, wenn Sie die Ministerpräsidentin in zwei Jahren ablösen, das Innenministerium für die CDU reklamieren.

**Wenn Sie Innenminister von Nordrhein-Westfalen wären, was würden Sie anders machen?**

Es liegt vielleicht daran, dass ich Kriminalpolizist bin, aber ich würde ganz klar einen deutlicheren Schwerpunkt auf die Kriminalitätsbekämpfung legen und dort mehr und besser ausgebildete Polizisten einsetzen. Zurzeit werden durch falsche Prioritätensetzungen Ressourcen verschwendet.

Während Polizeihauptkommissare beim Blitzmarathon an der Laserpistole stehen, werden im gleichen Stadtteil Einbrüche begangen und Autos aufgeknackt. Das darf nicht sein. Wir haben heute fast 55.000 Einbruchsdelikte im Jahr. In Bayern sind es nur knapp über 6.000. Kriminalitätsbekämpfung muss Priorität vor der Ahndung von Verkehrsdelikten haben. Nur so kann auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen verbessert werden. Dies hat in den vergangenen Jahren nachhaltig gelitten und zu einem Verlust an Lebensqualität geführt.

**Viele Einbrecherbanden treiben in Nordrhein-Westfalen ihr Unwesen. Glauben Sie, dass man mit moderner Technik voraussehen kann, wo sie als nächstes zuschlagen werden, um sie dann auf frischer Tat zu ertappen?**

Es gibt computergestützte Systeme, die versuchen, Muster im Verhalten der Einbrecherbanden zu erkennen und Wahrscheinlichkeiten zu errechnen. Aber das ist sehr schwer, denn die Kriminellen sind äußerst geschickt und folgen selten klaren Mustern. Ich bin überzeugt, dass die Polizeipräsenz auf der Straße – rund um die Uhr – deutlich wahrnehmbar erhöht werden muss.

**Viele Kriminelle agieren über nationale Grenzen hinweg. Brauchen wir eine engere, europäische Kooperation?**

Absolut. Ich denke, es war ein großer Fehler, die Grenzen so weit zu öffnen, ohne die Polizei auf die damit verbundenen Herausforderungen vorzubereiten. Ich glaube auch, dass dies im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen um Zuwanderung eine große Sorge vieler Menschen ist. Denn die meisten Einbrecherbanden kommen aus dem Ausland und der größte Teil des Diebesguts wird sofort über die Grenzen geschafft. In den meisten Fällen geht die Spur dann verloren, weil der grenzüberschreitende Datenaustausch über gestohlene Gegenstände noch immer viel zu gering ist. Zudem brauchen wir kürzere Dienstwege zwischen den europäischen Polizeibehörden. Im Moment ist die Polizei nicht auf Augenhöhe mit den Kriminellen, da muss sich schnell etwas ändern. Dies ist ein typisches Beispiel dafür, dass wir nicht weniger, sondern mehr europäische Zuständigkeiten brauchen.

„**Ich würde einen deutlicheren Schwerpunkt auf die Kriminalitätsbekämpfung legen.**“

**Wir haben vor kurzem die Initiative „Respekt und Anerkennung für unsere Polizei“ gestartet. Was sagen Sie als Gewerkschafter? Wie ist die Stimmung in der Polizei?**

Die Stimmung innerhalb der Polizei ist alles andere als rosig. Die Belastungssituation ist extrem hoch und der Respekt gegenüber Polizeibeamten hat merklich abgenommen. Vor allem die Schutzpolizei ist davon betroffen. Gehen Sie mal nachts mit der Polizei über die Kölner Ringe oder durch die Düsseldorfer Altstadt, da werden Sie angepöbelt. An manchen Orten kann man demnächst nur noch in Gruppenstärke auftreten. Das bereitet mir große Sorge.

**Was kann man dagegen tun?**

Die Polizei repräsentiert den Staat. Deshalb muss man erwarten können, dass ihr mit Respekt begegnet wird. Viele Menschen tun das jedoch nur, wenn sie das Gefühl haben, dass man ein ernsthaftes Problem bekommt, wenn man sich mit der Polizei anlegt. Deshalb brauchen wir schärfere Konsequenzen, die rigoros umgesetzt werden müssen. Das spricht sich dann auch rum.

**Glauben Sie, dass der Einsatz von Schulterkameras die Arbeit der Polizei erleichtern würde?**

Ich finde, es ist einen Versuch wert, Schulterkameras einzusetzen. Sie schützen die Kolleginnen und Kollegen vor Übergriffen und erleichtern die Beweisführung erheblich.

**Was sagen Sie grundsätzlich zum Einsatz von Videokameras im öffentlichen Raum?**

Ich glaube, dass da viel Ideologie in der Diskussion mitspielt. Als Kriminalpolizist kenne ich super Ermittlungsergebnisse, die nur aufgrund von Videoüberwachung erzielt werden konnten. Nicht selten sind uns die Täter bereits bekannt, und mit den Videoaufzeichnungen können wir sie dann eindeutig überführen. Es gab beispielsweise einen Fall in Köln, bei dem ein Autoaufbruch aufgezeichnet wurde. Der Täter war nicht zu erkennen, aber er hatte auf dem Video eine Zigarette geraucht. Den Stummel haben wir anhand des Videos gefunden und so seine Identität festgestellt. Er war ein polizeilich bekannter Wiederholungstäter. Aber auch im Hinblick auf die Prävention von Verbrechen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ist der Einsatz von Kameras in bestimmten Bereichen sehr hilfreich.

**Lassen Sie mich abschließend noch eine Frage zur Cyber-Kriminalität stellen. Sind wir darauf ausreichend vorbereitet?**

Dieses Kriminalitätsfeld ist kaum beherrschbar, da die Ermittler ein sehr großes und spezifisches Know-How haben müssen. Hier hinken wir noch immer deutlich hinterher. Vor allem im Hinblick auf die Überalterung innerhalb der Polizei muss hier noch mehr getan werden. Wir brauchen mehr technikaffine junge Menschen für diesen Bereich.

**Lieber Herr Thust, ich danke Ihnen für das Gespräch.**



„Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“ – Wahl des Bundesvorstands – Merkel: Schuldenfreier Bundeshaushalt „historische Leistung“

# Erfolgreicher Bundesparteitag in Köln

Fotos: Sondermann

1.001 Delegierte, rund 1.000 Pressevertreter und noch einmal so viele Gäste versammelten sich am 9. und 10. Dezember 2014 auf dem Messegelände in Köln – zum 27. Parteitag der CDU Deutschlands. Neben der Wahl des Bundesvorstands stand außerdem die Beratung der Anträge „Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“ und „Mit einem starken Staat für Freiheit und Sicherheit“ im Mittelpunkt des Bundesparteitags. Stellvertretend für alle Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen durfte der Landesvorsitzende Armin Laschet den Parteitag mit einem kölschen „vun Hätze willkumme in Kölle am Rhing“ begrüßen.

In seinem Grußwort erinnerte Armin Laschet an den in Köln geborenen Konrad Adenauer, für den Köln und sein Dom eine große Bedeutung hatten. Der Kölner Dom stehe für einen Teil des geistigen Fundaments, auf dem die von Adenauer mitgegründete CDU ruht. Adenauer, der erste CDU-Bundesvorsitzende, der erste CDU-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, der erste Bundeskanzler trieb auf dieser Basis die programmatische Modernisierung des bürgerlichen Lagers voran. Als symbolisches Andenken an diese „Grundsteine“ der Union schenkte Armin Laschet der Parteivorsitzenden Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Originalstück eines Figurenbaldachins vom Kölner Dom.

## Merkel: „Die CDU tut Deutschland gut“

Seit neun Jahren regiere die CDU Deutschland erfolgreich: Die deutsche Wirtschaft sei stabil, die Arbeitslosigkeit liege klar unter 3 Millionen, nirgendwo in Europa hätten Jugendliche bessere Chancen, betonte die Parteivorsitzende Angela Merkel in ihrer Rede. Auch immer mehr Ältere profitierten von der guten Lage am Arbeitsmarkt. Die Betriebe in Deutschland meldeten über eine halbe Million freie Stellen, und: „Die Einkommen steigen zum sechsten Mal in Folge stärker als die Preise.“ Zum ersten Bundeshaushalt ohne neue Schulden seit 1969 sagte Merkel:

„Das ist eine historische Leistung. Investitionen in die Zukunft und schuldenfreie Haushalte sind keine Gegensätze, sondern ergänzen einander.“ Die Aufgabe von Politik bestehe darin, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. „Deshalb haben wir das Motto gewählt: Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“, sagte Merkel. „Die CDU tut Deutschland gut“, so Merkels Fazit am Ende ihrer Rede. Dass Angela Merkel der CDU gut tut, zeigte ihr Wahlergebnis: Mit 96,7 Prozent der Stimmen haben die Delegierten sie als Vorsitzende im Amt bestätigt.

## Diskussion in den Foren

„Wir arbeiten für Deutschlands Zukunft“, so lautete das Motto des Parteitags. Diese Überschrift passte auch zu den drei Foren, in denen die Delegierten im Rahmen des Parteitags diskutierten. Themen waren die Kernfragen der drei Kommissionen, die der CDU-Bundesvorstand zur inhaltlich-programmatischen Weiterentwicklung der Partei eingesetzt hat. Diese widmen sich den Fragen, wie die Arbeit der Zukunft aussehen, wie die gute Lebensqualität erhalten werden und wie die Zukunft der Bürgergesellschaft gestaltet und kann. Geleitet werden die Kommissionen von den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Thomas Strobl, Julia Klöckner und Armin Laschet. ■



Wahlen zum Bundesvorstand

## CDU Nordrhein-Westfalen weiter mit starker Stimme in der CDU Deutschlands vertreten

Mit 76,1 Prozent der Stimmen wurde Armin Laschet als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden außerdem der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der baden-württembergische CDU-Vorsitzende Thomas Strobl wiedergewählt.



*Dem Präsidium gehören aus Nordrhein-Westfalen weiter Karl-Josef Laumann und erstmals Jens Spahn an.*

Sieben weitere Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen wurden unter die 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstands gewählt:

**Ralf Brauksiepe · Elmar Brok · Hermann Gröhe · Serap Güler · Peter Liese · Sabine Weiss · Otto Wulff**

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird also weiter mit einer starken Stimme in der Bundespartei sprechen und sich für die Interessen Nordrhein-Westfalens einsetzen.



*Ein Geschenk für Angela Merkel*

### Die #AstroMaus

Armin Laschet hat auf dem „Nordrhein-Westfalen-Abend“ anlässlich des Bundesparteitags Angela Merkel als Gastgeschenk eine Maus im Raumanzug überreicht. Die Maus, Aushängeschild des WDR-Kinderprogramms, stehe als #AstroMaus dabei für drei Bereiche, die in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle spielen: Forschung und Wissenschaft,

Bildung und Handwerkskunst. Die #AstroMaus ist ein Einzelstück und wurde von der Kölner Schneidermeisterin und CDU-Ratsfrau Birgit Gordes eingekleidet – nach dem Vorbild einer kleineren Artgenossin, die mit dem in Köln ausgebildeten Astronauten Alexander Gerst von Mai bis November auf der Internationalen Raumstation (ISS) im All war.

Neujahrsempfang der CDU Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

# Nordrhein-Westfalen kann mehr!

Fotos: Sondermann

Bis auf den letzten Platz besetzt war der Düsseldorfer Robert-Schumann-Saal zum Neujahrsempfang der CDU Nordrhein-Westfalen. So durfte Generalsekretär Bodo Löttgen neben der Führungsriege der Partei zahlreiche Vertreter von gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden und Religionsgemeinschaften begrüßen. Auch der frühere CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers war unter den 750 Gästen. Für den passenden musikalischen Rahmen sorgte das Kölner „Trio Feliz“ mit Jazz- und Swing-Arrangements.

## WDR als „Teil der Heimat“

Gastredner WDR-Intendant Tom Buhrow sprach über die große Aufgabe, den Sender im Spannungsfeld zwischen Qualitätsdebatte und Spardruck zu modernisieren. Die insgesamt elf Studios im Land seien notwendig, um eine Berichterstattung „nah am Menschen“ zu ermöglichen. Das werde von den Zuhörern und Zuschauern besonders honoriert, so Buhrow: „Da, wo wir ganz nah sind als WDR-Landessender, werden wir als Teil der Familie und als Teil der nordrhein-westfälischen Heimat empfunden.“

## „Je suis Charlie“

Armin Laschet thematisierte in seiner Rede die Attentate von Paris, die wenige Tage zuvor ganz Europa beschäftigt hatten. Überall seien Leute auf die Straße gegangen, weil sie den Anschlag auf „Charlie Hebdo“ als Anschlag auf ihre eigene Freiheit verstanden hätten: „Das war kein nationales Ereignis. Die Menschen in Europa stehen zusammen, und zwar religionsübergreifend.“ Nach Laschets Rede erhoben sich die Gäste im Saal zum Gedenken an die beim Terroranschlag in Paris Getöteten und hielten zu den Klängen der französischen Nationalhymne und Bildern von Mahnwachen inne.

## Politik aus Grundsätzen

Laschet nahm auch Bezug auf den Grundsatzprogrammprozess, mit dem sich die Partei seit fast zwei Jahren befasst und der mit dem Landesparteitag im Juni seinen Abschluss finden wird. Der erste Textentwurf war kurz vor dem Neujahrsempfang dem CDU-Landesvorstand vorgelegt worden. Laschet: „Wir müssen Politik aus Grundsätzen machen. Aber dafür muss man diese Grundätze auch kennen.“

Hier hob Laschet das christliche Menschenbild hervor, das jeden Menschen als Individuum und als Teil der Gemeinschaft zugleich betrachte. Jeder habe eine universelle, unantastbare und unveräußerliche Würde, die auch unabhängig vom Christentum durch und durch vernünftig sei. Laschet: „Zu diesem christlichen Menschenbild können auch Nichtchristen ja sagen.“

## Mehr Engagement für Nordrhein-Westfalen

Von der rot-grünen Landesregierung und insbesondere von der Ministerpräsidentin forderte Laschet mehr Engagement für Nordrhein-Westfalen. Der Bund komme erstmals seit 45 Jahren wieder mit den Einnahmen aus. So forderte Laschet, „dass auch Rot-Grün in NRW erkennt, dass Schulden nicht präventiv, sondern unverantwortlich sind!“ Scharf kritisierte er das rot-grüne Versagen in der Infrastrukturpolitik, vor allem im Bereich digitale Infrastruktur: Die nordrhein-westfälischen Weltmarktführer, die häufig im ländlichen Raum sitzen, seien auf einen zügigen Breitbandausbau angewiesen, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können. Die Ministerpräsidentin solle sich im Bund stärker für das Industrieland Nordrhein-Westfalen einsetzen, so Laschet: „Sie muss in Berlin für Nordrhein-Westfalen kämpfen.“ ■





„Die Polizei, dein Freund und Helfer“ – so möchte die Polizei von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Immer öfter werden Polizisten jedoch Opfer von Gewalt und Übergriffen.

## INNENPOLITIK

# Wir stehen an der Seite unserer Polizei

**A**n Silvester mit Böllern beworfen, bei Demonstrationen mit Gegenständen verletzt – Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei haben ein unerträgliches Ausmaß erreicht. In Nordrhein-Westfalen wird inzwischen alle 50 Minuten ein Polizist Opfer eines Angriffs.

„Viele unserer Polizistinnen und Polizisten fühlen sich angesichts täglicher Angriffe auf sie von der Politik im Stich gelassen. Neben einer angemessenen Ausstattung brauchen sie auch moralische Unterstützung und Rückendeckung seitens der Politik. Dem wollen wir mit unserem Aufruf ‚Respekt und Anerkennung für die Polizei‘ den nötigen Nachdruck verleihen“, erläutert Werner Lohn, ehemaliger Kriminalhauptkommissar und CDU-Polizeiexperte im Innenausschuss des Landtags.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Theo Kruse erklärt: „Wir fordern die rot-grüne Landesregierung auf, sich auf Bundesebene endlich für die Einführung einer Mindeststrafe beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte einzusetzen. Außerdem wollen wir so genannte Mini-Schulterkameras (Body-Cams) bei der Polizei Nordrhein-Westfalen erproben. Body-Cams schrecken potenzielle Angreifer ab und sind daher hervorragend geeignet, die Anzahl der Übergriffe auf Polizisten zu reduzieren.“

Die CDU verdeutlicht damit einmal mehr, dass sie eng an der Seite der 40.000 Polizisten in unserem Land steht. Wir sagen Nein zu Gewalt gegen die Polizei und fordern mehr Respekt und Anerkennung für ihren schwierigen Einsatz im Dienste unserer Sicherheit und Freiheit!

**LANDTAG aktuell:** Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



**Werner Lohn,**  
CDU-Polizei-  
experte im Innen-  
ausschuss des  
Landtags



**Theo Kruse,**  
Innenpolitischer  
Sprecher der CDU-  
Landtagsfraktion



**Gregor Golland,**  
Innenexperte der  
CDU-Landtags-  
fraktion

## VORRATSDATENSPEICHERUNG

# Rot-Grün stellt Minister Jäger öffentlich bloß

**D**ie Terroranschläge zu Jahresbeginn in Paris waren ein Schock für ganz Europa. In einer kaum vorstellbaren Weise haben Terroristen unsere freiheitliche demokratische Ordnung und die europäischen Werte angegriffen. Auch wenn der Terror nicht verhindert werden konnte, so konnten dank der Vorratsdatenspeicherung das Netzwerk hinter den Anschlägen sehr schnell offengelegt und die Hintermänner identifiziert werden.

In den Jahren 2011 bis 2013 konnten in Nordrhein-Westfalen bei insgesamt 348 Strafverfahren, die im Bereich der Internetkriminalität eingeleitet wurden, die Täter mangels Vorratsdatenspeicherung nicht ermittelt werden. Im Bereich der Kinderpornografie betraf dies sogar 268 von 1.020 Verfahren. Ohne Vorratsdatenspeicherung entsteht in diesen Deliktsbereichen zunehmend ein Ermittlungsvakuum.

Die CDU-Fraktion hat die rot-grüne Landesregierung im Januar 2015 mit einem Antrag aufgefordert, sich auf Bundesebene umgehend für eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung einzusetzen (Drucksache 16/7772). Die Debatte zu diesem Antrag endete für Innenminister Ralf Jäger, der diese Forderung teilt, in einem Fiasko.

In der Plenarsitzung des Landtags durfte er sich nämlich nicht selbst zu der Thematik äußern. Stattdessen schickte die rot-grüne Landesregierung mit Justizminister Thomas Kutschaty einen erklärten Gegner der Vorratsdatenspeicherung ans Rednerpult. Jäger verließ während der Debatte fluchtartig den Plenarsaal. Bei der Schlussabstimmung wurde er dann auch von den regierungstragenden

Fraktionen der SPD und der Grünen im Stich gelassen.

Nachdem Minister Jäger in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen hat, um die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wegen ihrer Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung mit markigen Sprüchen zu attackieren, stellt dieser Vorfall eine öffentliche Demütigung erster Klasse für den nordrhein-westfälischen Innenminister dar. So hatte Herr Jäger der früheren

Bundesjustizministerin sogar „Strafvereitelung“ vorgeworfen, weil sie die Vorratsdatenspeicherung ablehnte (Focus.de vom 18.05.2013). Sie agiere „aus parteipolitischen Kalkül anstatt sich für

die Interessen der Opfer von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch einzusetzen“ (WZ-Newsline vom 26.06.2012). Dies sei „mit gesundem Menschenverstand nicht mehr zu erklären“ (BILD vom 26.03.2012), so Minister Jäger.

Herr Jäger täte gut daran, solch klare Worte auch einmal an die Mitglieder der eigenen Koalitionsfraktionen zu richten.

**Minister Jäger  
verließ fluchtartig  
den Plenarsaal**



**ÜBERGANGEN:** Innenminister Jäger im nordrhein-westfälischen Landtag





## ZU BESUCH:

Der Journalist und Buchautor Stefan Aust berichtete den CDU-Abgeordneten von seinen Recherchen zum NSU.

## NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

# Viele Fragen offen geblieben

Im Interview mit Landtag aktuell berichtet Peter Biesenbach, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, über die Arbeit des nordrhein-westfälischen NSU-Untersuchungsausschusses.



**Peter Biesenbach,**  
stellvertretender  
Fraktionsvor-  
sitzender

### Was bringt ein eigener Untersuchungsausschuss auf Landesebene?

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hatte nur drei Tage Zeit, um die Taten der Terrorgruppe und die diesbezüglichen Vorgänge in Nordrhein-Westfalen zu untersuchen. Dabei sind viele Fragen offen geblieben.

### Welche Fragen zum Beispiel?

Inzwischen wissen wir, dass sich im Anschluss an die beiden Sprengstoffanschläge, die 2001 und 2004 in Köln in der Probsteigasse und der Keupstraße verübt wurden, die wohl vielversprechendsten Ansätze geboten hatten, um den Tätern früh auf die Spur zu kommen. Wir sind es nicht zuletzt den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, aufzuklären, warum dies den Behörden in Nordrhein-Westfalen dennoch nicht gelungen ist.

### Halten Sie es für möglich, dass der NSU Unterstützer in unserem Bundesland hatte?

Vieles spricht dafür. Nehmen Sie nur den Anschlag auf den kleinen Laden einer iranischen Familie in der Kölner Probsteigasse. Woher sollten in Zwickau untergetauchte Neonazis ein solches Geschäft überhaupt kennen, zumal auf dem Ladenschild zur Tatzeit noch der deutsche Name des Vorbesitzers stand? Oder nehmen Sie das Nagelbombenattentat in der Keupstraße. Ich kann mir kaum vorstellen, dass jemand in Zwickau eine Gasflasche mit mehreren Kilo Schwarzpulver und 700 Zimmermannsnägeln befüllt und sie anschlie-

ßend ins 500 km entfernte Köln transportiert. Hier dürften Helfer vor Ort nötig gewesen sein.

### Es gab in Nordrhein-Westfalen ja noch weitere NSU-Taten, die Sie aufklären wollen...

Ja. Da wäre der Mord an einem türkischen Kioskbesitzer 2006 in Dortmund. Da gibt es noch viele offene Fragen. Darüber hinaus wollen wir den dreifachen Polizistenmord durch einen Neonazi in Dortmund und Waltrop im Jahr 2000 sowie einen Bombenanschlag auf den Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn im Jahr 2001 untersuchen. Möglicherweise gab es auch in diesen Fällen Bezüge zum NSU.

### Sind der amtierenden Landesregierung im Rahmen der Aufklärung der NSU-Affäre Vorwürfe zu machen?

Wir werden sehr genau hinterfragen, inwieweit die Landesregierung seit Bekanntwerden der NSU-Morde aktiv an deren Aufklärung mitgearbeitet hat. Beispiel Keupstraße: Mittlerweile ist bekannt, dass sich zur Tatzeit zwei Polizisten in unmittelbarer Nähe des Anschlagortes aufgehalten haben. Beide sind jedoch erst 2013 auf Anordnung des Generalbundesanwalts erstmalig dazu vernommen worden. Das Videomaterial einer Überwachungskamera, die die Täter gefilmt hat, ist ihnen bis heute nicht gezeigt worden. Zu diesen und anderen Ungereimtheiten wird sich die amtierende Landesregierung erklären müssen.



### NSU-TRIO:

Der Anschlag in der Probsteigasse wirft bis heute viele Fragen auf.

## JAGDGESETZ

# Eigenverantwortung statt rot-grüner Bevormundung



**Rainer Deppe,**  
umweltpolitischer  
Sprecher der CDU-  
Landtagsfraktion



**Christina Schulze  
Föcking,** stellver-  
tretende Frakti-  
onsvorsitzende der  
CDU-Landtags-  
fraktion

**S**eit Monaten herrscht Alarmstimmung auf dem Land. Landwirte, Waldbesitzer, Jäger und Angler – sie alle sehen sich einem Generalangriff der rot-grünen Landesregierung ausgesetzt. Allein auf fünf Protestveranstaltungen machten mehr als 15.000 Menschen ihrem Unmut Luft. Höhepunkt war eine unübersehbare Demonstration am 18. März auf der Wiese vor dem Landtag.

Anlass ist das rot-grüne Landesjagdgesetz. Angekündigt war mehr Ökologie und Tierschutz; tatsächlich herausgekommen ist ein unausgeglichenes Sammelsurium mit einem einzigen Ziel: die Jagd in Nordrhein-Westfalen unattraktiv zu machen.

Erhöhte Wildschäden, mehr Tierseuchen, die Ausbreitung gefährlicher Krankheiten sowie negative Auswirkungen auf das Ökosystem spielen für die Regierenden keine Rolle. So wird beispielsweise die Jagd auf Beutegreifer wie Fuchs, Marder und Waschbär eingeschränkt. Zwangsläufige Folge wäre aber der Rückgang von nun schutzlos gewordenen Beutetieren wie Feldhasen und bodenbrütenden Vögeln wie Lerche, Rebhuhn oder Fasan. Rehe und Hirsche könnten jedoch schärfer bejagt werden. Das strikte Fütterungsverbot für Wildschweine und die Kopplung der Notzeit an den Kalender und nicht an die von Natur aus gegebenen Zeiten, wird tausende Tiere in den Hungertod treiben.

„Wir lehnen das rot-grüne Jagdgesetz rundherum ab“, erklärt Rainer Deppe, umweltpolitischer Sprecher für die CDU-Landtagsfraktion. „Jedes Jagdgesetz muss neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Wildbiologie berücksichtigen. Da ist für Ideologie à la Rot-Grün kein Platz. Deshalb haben wir eine eigene Alternative erarbeitet.“ In ihrem alternativen Gesetzentwurf fordert die CDU unter anderem die Aufnahme weiterer Arten ins Jagdgesetz – beispielsweise Kormoran,

Bisam und Mink. So wären sie geschützt und könnten gleichzeitig reguliert werden. Noch nie ist in Deutschland eine Art ausgestorben, die dem Jagdrecht unterliegt, weil Jäger zugleich auch Heger sind.

Das neue rot-grüne Jagdgesetz ist hingegen ein weiteres Glied einer Kette, die den Menschen vorschreiben soll, wie sie im Sinne von SPD und Grünen politisch korrekt zu leben haben. In schneller Abfolge sollen nämlich auf Basis der gerade beschlossenen Biodiversitätsstrategie das Forstgesetz, das Landschaftsgesetz und das Fischereigesetz eine rot-grüne Handschrift bekommen. „Im Kern geht es immer um den gleichen Konflikt: entscheiden die Menschen, die mit und von der Natur leben, wie ihr Eigentum – Wald, Gewässer oder landwirtschaftliche Flächen – genutzt werden, oder schreibt das zukünftig der Staat vor?“

Für Christina Schulze Föcking, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, ist die Unterstützung der Jäger daher selbstverständlich. „Wir kämpfen mit den Menschen im ländlichen Raum gegen die immer weiter voranschreitende Bevormundung durch SPD und Grüne. Für uns sind Eigenverantwortung und Selbstbestimmung auf dem Land nicht verhandelbar.“



Alle weiteren Informationen zum Thema finden Sie in unserem Flyer auf der Fraktionshomepage [www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)



Bei ihrem Protest werden die Jäger von CDU-Abgeordneten unterstützt.

**FLÜCHTLINGSPOLITIK**

# Landesregierung hat Entwicklung verschlafen

**D**er Zustrom von Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen Schutz und Zuflucht in unserem Land suchen, stellt den Bund, die Länder und die Kommunen vor eine Mammut-Aufgabe. Denn angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen braucht es ein gut funktionierendes und vor allem menschenwürdiges Asylsystem.

Die Bundesregierung hat ihren Teil getan und sich mit den Ländern darauf geeinigt, die Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 mit insgesamt einer Milliarde Euro zu unterstützen. Für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bedeutet das allein in diesem Jahr eine Entlastung von 108 Millionen Euro. „Die CDU möchte dieses Geld vollständig den Städten und Gemeinden überlassen, die sich um die Unterbringung und die Integration von Flüchtlingen kümmern. Sie tragen die Hauptlast – und für sie ist das Geld auch gedacht“, erklärt André Kuper, der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

„Die rot-grüne Landesregierung nutzt jedoch Taschenspielertricks, um nicht die Gesamtsumme der Bundesmittel an die Städte und Gemeinden weiterleiten zu müssen“, so Kuper. Das Land nutze die andere Hälfte stattdessen dafür, die eigenen, lange angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Flüchtlingspolitik zu finanzieren. In anderen Ländern – wie in Sachsen-Anhalt – werden die dort zur Verfügung stehenden Mittel komplett an die betroffenen Kommunen weitergegeben.

Kritik an der Landesregierung äußert auch Serap Güler, die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion: „Mehr als drei Monate nach dem Flüchtlingsgipfel hat die Landesre-



gierung in zentralen Bereichen nichts realisiert, was die Lage der Flüchtlinge spürbar verbessern würde.“ So gebe es keinerlei Fortschritte bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, beim Zugang zu den Hochschulen, bei der Alphabetisierung Erwachsener und bei deren Deutschförderung. „Außerdem bestehen große Zweifel daran, ob die Kontrolle der

Einrichtungen durch die Landesregierung endlich funktioniert und Beschwerden von Flüchtlingen über ihre Unterbringung auch wirklich gehört werden“, so Güler weiter.

Die Landesregierung muss endlich aufwachen und sich stärker um die Belange der Flüchtlinge kümmern. Dazu zählt neben der Integration auch die Unterstützung der betroffenen Kommunen. Angesichts der seit 2008 steigenden Flüchtlingszahlen hat die Landesregierung bislang die Chance verpasst, für die notwendigen Rahmenbedingungen zu sorgen.

**Die rot-grüne Landesregierung nutzt Taschenspielertricks.**



**André Kuper,** stellvertretender Fraktionsvorsitzender



**Serap Güler,** integrationspolitische Sprecherin



## SCHNELLES INTERNET

# Wachstumstreiber Breitband



### #ANSAGE:

Die Sprecherinnen und Sprecher der CDU-Landtagsfraktion stellen sich regelmäßig dem Videointerview auf dem Youtube-Kanal (CDUFraktionNRW).



**O**b in der Bahn, mit dem Smartphone oder zuhause am PC – das Internet ist schon längst nicht mehr aus unserem Alltag wegzudenken. Dabei spielt für viele Menschen nicht nur das generelle Vorhandensein eines Internetanschlusses eine Rolle, sondern auch die Geschwindigkeit der Verbindung.

Das ifo-Institut in München hat errechnet, dass das Wirtschaftswachstum eines Landes jeweils um bis zu 1,5 Prozentpunkte steigt, wenn die Zahl der Haushalte, die mit schnellem Internet von mindestens 50 Mbit/s versorgt werden, um 10 Prozentpunkte wächst. In Nordrhein-Westfalen sind aktuell knapp 30 Prozent der Haushalte noch völlig unterversorgt. Hier liegt also ein Wachstumspotential, das unser Land dringend braucht. Allein zwischen 2000 und 2012 ist die bayrische Wirtschaft um 8 Prozentpunkte stärker gewachsen als die nordrhein-westfälische. Bei gleichem Wachstum hätten wir heute jährlich Steuermehreinnahmen in Höhe von 3,2 Milliarden Euro – Neuverschuldung wäre nicht notwendig.

Der Ausbau des schnellen Internets kommt in Nordrhein-Westfalen aber nur langsam voran: Bei einer aktuellen Ausbaurate von 1,4 Prozentpunkten pro Jahr wird frühestens 2035 jeder Haushalt an das schnelle Internet angeschlossen sein. Andere Länder – allen voran der Freistaat Bayern – haben in den letzten Jahren eine deutlich stärkere Ausbaudynamik verzeichnet. Nordrhein-Westfalen droht dadurch in der wirtschaftlichen Entwicklung weiter abgehängt zu werden.

Eine besondere Herausforderung stellt der Ausbau im ländlichen Raum dar: nur ein Drittel der Haushalte verfügen hier bislang über schnelles Internet. Der ländliche Raum ist jedoch Heimat vieler „Hidden Champions“ und Weltmarktführer. Sie brauchen dringend einen Anschluss an das schnelle Netz, um auch zukünftig auf dem globalen Markt bestehen zu können.

Die rot-grüne Landesregierung stellt bis 2020 nur überschaubare 60 Millionen Euro an Fördergeldern für den Breitbandausbau zur Verfügung – zu wenig bei einem Investitionsbedarf, allein zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke, von mehreren hundert Millionen Euro.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert hingegen ein eigenständiges Breitbandförderprogramm des Landes. Hierzu sollen die auf unser Land entfallenen Mittel (circa 100 – 140 Millionen Euro) aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen genutzt und durch Landesmittel erhöht werden.

Zudem braucht es eine zügige Überarbeitung des Breitbandprogramms der NRW.Bank, das bislang aufgrund unattraktiver Förderkriterien zu wenig in Anspruch genommen wird. Ferner fordert die Landtagsfraktion eine rasche Umsetzung der EU-Kostensenkungsrichtlinie in nationales Recht: Durch die Nutzung bestehender Infrastruktur für den Breitbandausbau (Kanalisation, Stromtrassen etc.) könnten die Kosten massiv gesenkt werden.

**DIGITALISIERUNG**

# Wohlstand durch Wachstum: Zukunftsthema Industrie 4.0



*Hendrik Wüst,  
wirtschaftspoliti-  
scher Sprecher der  
CDU-Fraktion*

**D**ie Digitalisierung wird in den kommenden Jahren ein entscheidender Wachstumstreiber für unsere Wirtschaft sein. Das zeigen auch die Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Demnach würde ein um 10 Prozentpunkte höherer Digitalisierungsgrad zu einem jährlichen Pro-Kopf-Wachstum von 0,76 Prozentpunkten führen. Aktuell liegt der Digitalisierungsgrad in Nordrhein-Westfalen noch bei unter 70 Prozent. Das Wachstumspotential in unserem Land ist also hoch.

Auch das Institut Prognos erwartet bis zum Jahr 2025 einen digitalisierungsbedingten Anstieg der Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen um 15 Milliarden Euro – vorausgesetzt es gelingt uns, die Chancen der Digitalisierung für Nordrhein-Westfalen nutzbar zu machen.

Auf ihrer Frühjahrsklausurtagung hat sich die CDU-Landtagsfraktion intensiv mit den Eckpunkten einer erfolgreichen Digitalisierungsstrategie befasst. Hierzu gehören aus unserer Sicht insbesondere

1. der flächendeckende Ausbau des leitungsgebundenen und des mobilen Breitbandnetzes,
2. die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Industrie 4.0. und
3. die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gründung von Start-Ups.

Insbesondere das Zukunftsthema Industrie 4.0 hat besondere Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. Das industrielle Herz Deutschlands schlägt in unserem Land. Bei uns werden 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes durch die Industrie erzielt. Die autonome Kommunikation der am Produktionsprozess beteiligten Komponenten (Maschinen, Betriebsmittel, Auftrags- und La-

gersysteme, Logistik und vieles mehr) wird Arbeitsabläufe beschleunigen und bietet Chancen für unsere Wirtschaft.

Die Industrie in Nordrhein-Westfalen ist mittelständisch geprägt: 94 Prozent der industriellen Betriebe haben weniger als 250 Mitarbeiter. Chancen, aber auch Risiken der neuen Technologien für das eigene Geschäftsmodell zu erkennen, fällt offenbar gerade Mittelständlern schwer. 35 Prozent der mittelständischen Industriebetriebe in Nordrhein-Westfalen haben einer Studie zu Folge die Möglichkeiten und Gefahren für ihr Geschäftsfeld noch nicht ausreichend erfasst. Umso wichtiger ist es, den industriellen Mittelstand für das Thema zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Zum einen muss über Best-Practice-Beispiele verstärkt für die unternehmensinterne Beschäftigung mit Industrie 4.0-Konzepten geworben werden. Zum anderen bedarf insbesondere der Mittelstand einer stärkeren Förderung bei der Umsetzung von Industrie 4.0-Projekten. Nordrhein-Westfalen braucht daher ein virtuelles Innovationszentrum, das speziell auf den Mittelstand fokussiert ist und die Entwicklung und Umsetzung von unternehmenseigenen Industrie 4.0-Projekten unterstützt.

**Digitalisierung ist ein entscheidender Wachstumstreiber**

Die CDU-Landtagsfraktion hat zahlreiche Anträge und Beschlüsse zu den Themen Digitalisierung, Industrie 4.0 und Breitbandversorgung verabschiedet. Wir sind davon überzeugt, dass von diesen Zukunftsthemen unsere Wirtschaft und ganz Nordrhein-Westfalen profitiert. Alle Anträge finden Sie auf unserer Homepage [www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de) in der Rubrik Politik > Themen > Wirtschaft, Industrie, Mittelstand, und Handwerk.



## WIRTSCHAFT UND HANDEL

# Die Chancen von TTIP



**Hendrik Wüst,**  
wirtschaftspoliti-  
scher Sprecher der  
CDU-Fraktion



**Ilka von  
Boeselager,**  
europapolitische  
Sprecherin der  
CDU-Fraktion

Das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“-Abkommen, kurz TTIP, ist zurzeit in aller Munde. Viele Menschen machen sich Gedanken darüber, was das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA für sie persönlich bedeutet. Neben ernsthaften Auseinandersetzungen kursieren in Medien und Öffentlichkeit immer wieder auch wildeste Spekulationen über die möglichen Folgen des Abkommens.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die laufenden Verhandlungen der Europäischen Union mit den USA, denn der freie Handel und freie Direktinvestitionen sind für Wohlstand und Wachstum in Deutschland von größter Bedeutung. Gerade für das Industrie- und Exportland Nordrhein-Westfalen ist Freihandel existenziell – ohne ihn wäre der Lebensstandard bei uns nur halb so hoch wie er heute ist.

Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten, dass durch den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze auch in Nordrhein-Westfalen gesichert und neue Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse entstehen werden.

EU und USA stehen gemeinsam für rund ein Drittel des Welthandels, 50 Prozent der Weltproduktion und ein Drittel des weltweiten Waren- und Dienstleistungshandels. TTIP schafft einen Wirtschaftsraum mit 817 Millionen Einwohnern, der damit zu Ländern wie Indien und China aufschließt. Ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen könnte ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozentpunkten über die kommenden 10 Jahre auslösen. Dies entspricht jährlichen Steuermehreinnahmen von etwa 1,2 – 1,4 Milliarden Euro allein für das Land Nordrhein-Westfalen. Es ist im Interesse von Wohlstand und sozialer Sicherheit, wenn die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis gebracht werden.

Trotzdem müssen die Sorgen der Menschen ernstgenommen werden. Deshalb ist es gut, dass Europäer und Amerikaner vereinbart haben, dass es weder beim Verbraucher- noch beim Umwelt- oder Datenschutz oder der Nahrungsmittelsicherheit geringere Standards geben wird.

Auch der Schutz regionaler Marken und Produkte wird durch TTIP keineswegs in Frage gestellt. Die EU setzt sich in den Verhandlungen sogar für einen besseren Schutz von Ursprungsangaben ein. „Lübecker Marzipan“, „Schwarzwälder Schinken“ und „Champagner“ dürfen auch in Zukunft nur in den namensgebenden Regionen produziert werden. Mehr noch: erst durch TTIP können regionale Spezialitäten und Marken aus Europa auch auf dem US-amerikanischen Markt geschützt werden.

**TTIP ist für Wohlstand und Wachstum in Deutschland von größter Bedeutung**

Mit ihrem Beschluss zum Freihandelsabkommen TTIP unterstützt die CDU-Landtagsfraktion die Verhandlungsführer der EU in ihrem Bemühen, das Abkommen erfolgreich abzuschließen. Gerade für das Exportland Nordrhein-Westfalen bietet es große Chancen. Die Landesregierung muss diese ergreifen, sich im Bundesrat für eine Ratifizierung von TTIP stark machen und durch eine Aufklärungskampagne den Menschen im Land die Sorgen vor dem Abkommen nehmen.



**HAUSHALT**

# Unser Land wird unter Wert regiert

**U**nser Land hat viel Potential, doch es wird unter Wert regiert. Nirgends zeigt sich das so drastisch wie in der Haushalts- und Finanzpolitik. Die Landesregierung hat keinen Plan, wie sie den Haushalt und die jährliche Neuverschuldung in den Griff bekommen kann. Gleichzeitig leidet Nordrhein-Westfalen ausweislich vieler aktueller Erhebungen unter einer schlechten Bildungs- und Sozialpolitik.

Die Landesregierung hat die Chance der vergangenen, wirtschaftlich guten vier Jahre verpasst: Alle anderen Bundesländer haben ihre Neuverschuldung abgebaut, unter Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen ist die Gesamtverschuldung des Landes auf inzwischen 140 Milliarden Euro angestiegen.

Die Inszenierung Nordrhein-Westfalens als Armenhaus der Nation, in dessen Staatskanzlei nur noch Leitungswasser ausgedient werden könne, hat dem Bild des Landes ebenso geschadet wie die Haushaltssperre in Zeiten höchster Steuereinnahmen. Vertrauen verspielte die Landesregierung damit, dass die vom Bund erstatteten Bafög-Mittel im Landeshaushalt versickerten. Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer um 30 Prozent trifft vor allem junge Familien und verschlechtert zudem die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.

All das trägt zum Bild eines Landes am Ende seines Handlungsspielraums bei. Frau Kraft macht unser Land zum Gespött der Nation.

**Unrealistische Prognosen statt solider Haushaltspolitik**

Auch der Ausblick auf die Haushaltszahlen für das Jahr 2016 zeigt die finanzpolitische Tatenlosigkeit der Regierung Kraft. Eine Ausgabensteigerung von 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr lässt keine Einsparungen erkennen. Die rot-grüne Regierung setzt zum wiederholten Mal auf unrealistische Steuereinnahmeprog-

**SCHLUSSLICHT:**  
Seit Regierungsübernahme von Ministerpräsidentin Kraft ist die Finanzkraft im Ländervergleich unterdurchschnittlich.



nosen, weil ihr für strukturelle Änderungen im Haushalt der Mut fehlt.

„Sollten die Steuereinnahmen in 2016 nur einen Prozentpunkt unter den Prognosen bleiben, würde das einen Anstieg der Neuverschuldung um 500 Millionen Euro bedeuten. Und beim Haushalt 2016 gibt es nicht noch einmal die Möglichkeit für Rot-Grün, durch Steuererhöhungen ihre Haushaltslöcher zu stopfen“, erklärt Marcus Optendrenk, der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Nordrhein-Westfalen braucht einen Aufbruch für eine neue Politik. Dazu hat die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Entschließungsantrag zum Haushalt 2015 Ideen und Konzepte vorgelegt: „Nordrhein-Westfalen – Land mit Profil, Potential und Perspektive“ (Landtagsdrucksache 16/7617).

In der Debatte zum Landeshaushalt 2015 hat der Fraktionsvorsitzende Armin Laschet die Schwerpunkte der CDU-Landtagsfraktion bereits deutlich gemacht:

- eine starke Wirtschaft durch eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum
- ein starker Staat durch eine Politik für mehr Sicherheit und
- starke Menschen durch eine Politik für mehr Aufstiegschancen.

Das ist der Aufbruch, für den die CDU-Landtagsfraktion arbeitet.



**Marcus Optendrenk,** haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Petra Vogt,  
schulpolitische  
Sprecherin

SCHULPOLITIK

# Rot-Grün droht Inklusion vor die Wand zu fahren

**T**rotz aller Kritik an ihrer Vorgehensweise ist die rot-grüne Landesregierung ihren Weg bei der schulischen Inklusion rigoros weitergegangen. Schon in der Anhörung zum Inklusionsgesetz hatten sich die Experten mehrheitlich gegen den Gesetzentwurf positioniert. Jetzt steht Rot-Grün, wie die Rückmeldungen aus den Kommunen und den Schulen belegen, vor einem

lung hin zu einem funktionierenden inklusiven Schulsystem eine wichtige Voraussetzung. Dieses Vertrauen droht landesweit zu schwinden.

Bei der Wahl einer Schule für ein schwerbehindertes Kind spielen viele, zum Teil sehr persönliche Faktoren eine Rolle. So verschieden die Kinder sind, so vielfältig sind ihre Bedürfnisse. Dies wird durch die Landesregierung zumeist vernachlässigt.

Eltern, die ihr Kind aufgrund guter Erfahrungen und guter Bedingungen weiter in einer Förderschule gefördert wissen wollen und Eltern, die einen Regelschulplatz für ihr Kind wünschen, verdienen denselben Respekt. Das Versprechen, ihnen eine gleichwertige Wahl zu bieten, hat die Landesregierung durch die flächendeckende Schließung von Förderschulen gebrochen.

Eine erfolgreiche schulische Inklusion braucht Qualitätsstandards:

- Praxisnahe Fortbildungsprogramme für Kollegen aller Schulformen, die die schulformspezifischen Anforderungen und Ausgangslagen berücksichtigen, müssen gewährleistet sein.
- Jede Schule, die sich auf den Weg zur Inklusion macht, muss mit ausreichendem Fachpersonal versorgt sein, denn der Verzicht auf die formale Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs darf kein Verzicht auf Förderung sein.
- Auf dem Weg zu einem hochwertigen, inklusiven Schulsystem ist das Elternwahlrecht für den besten Förderort der Kinder zu respektieren. Dafür ist eine unabhängige Beratung, die den Eltern ihre Rechte und Möglichkeiten auseinandersetzt, notwendig.
- Ausnahmen von der Mindestschülerzahl für Förderschulen müssen möglich sein, um in Flächenkreisen ein qualitativ hochwertiges Angebot in zumutbarer Entfernung aufrecht erhalten zu können.



**INKLUSION:**  
Gemeinsames Lernen braucht funktionierende Rahmenbedingungen.

Scherbenhaufen: die Schulen sind nicht vorbereitet, Eltern werden nicht neutral beraten, in vielen Schulen fehlen Sonderpädagogen und eine echte Wahlfreiheit für Eltern besteht nicht, weil durch einen rigiden Mindestgrößenerlass viele Förderschulen geschlossen werden müssen. Unterm Strich gibt es derzeit mehr Verlierer als Gewinner.

Die CDU-Landtagsfraktion hat von Anbeginn der gesamten Debatte immer wieder Qualitätsstandards eingefordert. Diese Forderungen hatten die grüne Schulministerin Löhrmann sowie auch Ministerpräsidentin Kraft konsequent in den Wind geschlagen.

Sowohl bei Eltern von Kindern mit Behinderung, wie auch bei Eltern von nicht behinderten Kindern ist Vertrauen in eine gelingende Entwick-





**MACHTSPIEL:**

Während Kulturministerin Schäfer versucht die Wogen zu glätten, plant Finanzminister Walter-Borjans im Hintergrund den Ausverkauf der Kunstsammlung.

**KUNSTVERKÄUFE**

# „Eine Bankrotterklärung“

**D**er Verkauf zweier Bilder des Künstlers Andy Warhol brachte Ende des Jahres eine notwendige Diskussion über Kunstwerke in Gang, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden. Die Bilder stammten aus den Beständen des WestSpiel-Casinos Aachen, dessen Eigentümer das Land Nordrhein-Westfalen über die NRW.Bank ist. Die Landesregierung tat zunächst so, als hätte sie nichts mit dieser Angelegenheit zu tun, dabei gab es sogar einen Posten im Landeshaushalt für den Verkauf der Bilder. Das bedeutet, dass die Angelegenheit im Kabinett besprochen wurde und sich Frau Kraft lediglich aus der Verantwortung stehlen wollte.

Geradezu katastrophal agierte die Landesregierung schließlich, als es um den Umgang mit den Kunstwerken im Besitz der Portigon AG, der früheren WestLB, ging. Allen voran Finanzminister Norbert Walter-Borjans versuchte der Öffentlichkeit weiszumachen, dass der Verkauf der rund 400 Werke unvermeidlich sei. EU-Recht und Aktienrecht zwängen das Land dazu, im Zuge der Abwicklung der WestLB auch die Kunst zu veräußern. Das soll auch für die Werke gelten, die von der ehemaligen Förderbank an öffentliche Einrichtungen gegeben wurden. Frühzeitig protestierte die Kunstszene in ganz Deutschland. Die nordrhein-westfälischen Museumsleiter nannten den geplanten Kunstverkauf in einer Stellungnahme eine „kulturpoliti-

sche Bankrotterklärung“. Auch in den Medien – zunächst regional, dann aber auch überregional und international – lösten die Verkaufspläne der Landesregierung eine nie gekannte Welle des Protests und der Empörung aus.

Die für Kultur zuständige Ministerin Ute Schäfer ging währenddessen auf Tauchstation. Erst als die Kulturstaatsministerin Monika Grütters mit einem Eingreifen des Bundes drohte, verkündete auch Frau Schäfer, dass man Teile der Sammlung dadurch im Land halten könne, dass man sie zu national wertvollem Kulturgut erklärt.

Ein Rettungsanker soll nun der vom Kulturausschuss angeregte Runde Tisch sein. Immerhin hat die erste Sitzung gezeigt, dass der Umgang mit den Kunstwerken im Besitz der Portigon AG eine politisch zu lösende Frage ist. Es ist deutlich geworden, dass die bisherige Strategie der Regierung Kraft völlig verfehlt war und das Image unseres Landes schwer beschädigt hat.

Die CDU-Fraktion hat bereits am 3. Februar einen Beschluss mit Grundsätzen zum weiteren Umgang mit Kunstwerken im Besitz des Landes gefasst. Denn die Kunstwerke, die das Land zu sichern, zu pflegen und zu schützen hat, haben einen unermesslichen ideellen Wert. Daher ist die Landesregierung aufgefordert, das weitere Verfahren für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten.



**Thomas Sternberg**, kulturpolitischer Sprecher



**Lutz  
Lienenkämper,**  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer  
und Mitglied in der  
Verfassungskom-  
mission



**André Kuper,**  
stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

## SPERRKLAUSEL

# Räte und Kreistage müssen handlungsfähig sein

**D**ie CDU-Landtagsfraktion hat sich für die Einführung einer 2,5-Prozent-Sperrklausel bei künftigen Kommunalwahlen ausgesprochen, um die Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen zu sichern. Wenn die Räte und Kreistage durch die Zersplitterung in ihrer Handlungsfähigkeit bedroht sind, ist auch die Stärke der Kommunen bedroht. Die Zahl der Ratsfraktionen sowie der Gruppierungen und Einzelbewerber ohne Fraktionsstatus in den Gemeindevertretungen hat sich seit der letzten Kommunalwahl vielerorts drastisch erhöht.

Im Jahre 1999 war die Sperrklausel durch den Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen außer Kraft gesetzt worden. Durch die Abschaffung der Sperrklausel kam es damals schon zu einer Zersplitterung der Kommunalparlamente, die von Wahl zu Wahl gravierender wurde und mit den Kommunalwahlen vom 25. Mai 2014 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. In mehr als der Hälfte aller kreisfreien Städte sind zehn oder mehr Parteien und Gruppierungen in die Stadträte eingezogen. Selbst in drei Kreistagen hat die Zersplitterung dieses hohe Niveau erreicht.

Lutz Lienenkämper, der parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, bemängelt, dass diese Zersplitterung nicht nur die Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen beeinträchtigt, sondern auch eine effektive und kraftvolle Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort behindert. „Sie ist ein Problem für die lokale Demokratie. Ratssitzungen dauern immer länger, ohne jedoch zu den erforderlichen Entscheidungen zu kommen. Unter diesen Bedingungen wird es immer schwieriger,



politisch Interessierte für eine ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen“, so Lienenkämper.

Im Spannungsfeld zwischen den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen, der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen und der möglichst weitgehenden Beteiligung von Bürgergruppen hält die CDU-Landtagsfraktion eine Sperrklausel von 2,5 Prozent für geeignet und angemessen. Jetzt kommt dem Ministerium für Inneres und Kommunales die Aufgabe zu, die tatsächlichen Voraussetzungen für eine rechtssichere Sperrklausel auszuarbeiten. Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits erste Gespräche mit den anderen Landtagsfraktionen aufgenommen, um möglichst im ersten Halbjahr des Jahres 2015 das notwendige parlamentarische Verfahren in Gang setzen zu können.

### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf – **Vorsitzender:** Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL – **Redaktion:** Axel Bäumer und Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, dpa-picture-alliance, CDU-Bilddatenbank, privat – **Kontakt und Website:** [www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)



3,9%

mehr Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2012 (Quelle: Polizei NRW).

23,8%

der Kinder unter drei Jahren haben einen Betreuungsplatz – nur. Damit ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht (Quelle: Statistisches Bundesamt).

29%

mehr Raubüberfälle in Wohnungen seit 1994 (Quelle: Landeskriminalamt NRW).

55%

mehr Überfälle auf Spielhallen (Anstieg von 1994 bis 2013, Quelle: Landeskriminalamt NRW).

56%

mehr Überfälle auf der Straße (Anstieg von 1994 bis 2013, Quelle: Landeskriminalamt NRW).

80%

der Polizistinnen und Polizisten wurden schon beschimpft, beleidigt oder bedroht (Gewerkschaft der Polizei NRW).

60.000.000 €

investiert Nordrhein-Westfalen in den Breitbandausbau. Nur – zum Vergleich: Bayern investiert 2 Milliarden Euro (Quellen: Landesregierung, WDR2).

1.900.000.000 €

beträgt die Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens in 2015. Damit hat Nordrhein-Westfalen die höchste Neuverschuldung aller Bundesländer in 2015 (Quelle: NRW-Finanzministerium).



Unser Blog „Faktencheck NRW“ nimmt die rot-grüne Landesregierung unter die Lupe. Unter [www.faktencheck-nrw.de](http://www.faktencheck-nrw.de) finden Sie Zahlen, Fakten und Zitate, was bei Rot-Grün schief lief und läuft. Klicken Sie sich rein – und folgen Sie auch dem Twitter-Account [@faktencheck\\_nrw!](https://twitter.com/faktencheck_nrw)



Erster Entwurf liegt vor

# Unser Grundsatzprogramm: Das Nordrhein-Westfalen-Programm!

Foto: Sondermann

## Wie ist der aktuelle Stand?

Am 20. Februar 2015 hat der Landesvorstand den ersten Gesamtentwurf des Grundsatzprogramms der CDU Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Seitdem wird im gesamten Landesverband auf allen Ebenen und in allen Gliederungen darüber diskutiert. Auf dem großen Abschlusskongress am 14. März 2015 in Rheda-Wiedenbrück konnte jedes interessierte Mitglied mitdiskutieren und eigene Vorstellungen in das Programm einfließen lassen.

## Wie geht es weiter?

Der Programmprozess ist noch nicht zu Ende. Am 13. April 2015 wird der Landesvorstand den überarbeiteten Entwurf als Leittrag für den Landesparteitag am 13. Juni 2015 in Essen verabschieden. Dort wird das Programm dann beschlossen. Im Rahmen des Antragsverfahrens haben alle antragsberechtigten Gliederungen des Landesverbands die Möglichkeit, konkrete Änderungen am Programm vorzuschlagen. Aber auch einzelne Mitglieder können sich weiter einbringen. Der Programmentwurf steht auf unserer Homepage [www.cdu-nrw.de](http://www.cdu-nrw.de) zum Download bereit. Sollten Sie ein gedrucktes Exemplar wünschen, stellt Ihnen Ihre Kreisgeschäftsstelle dies gerne zur Verfügung. Im Mitgliedernetzwerk unter [www.cduplus.de](http://www.cduplus.de) können auch einzelne Mitglieder Änderungsvorschläge unterbreiten.

Bei uns in NRW 01/15

## Haben Sie Fragen?

Bei Fragen zum Grundsatzprogramm steht die Landesgeschäftsstelle weiterhin gerne zur Verfügung. Schreiben Sie uns eine E-Mail [grundsatzprogramm@cdu-nrw.de](mailto:grundsatzprogramm@cdu-nrw.de) oder rufen Sie an: Dr. Stephan Terhorst steht Ihnen unter der 0211/13600-20 gerne zur Verfügung.

## Was steht im Entwurf?

Einleitend beschreiben wir unser politisches Fundament: das christliche Menschenbild, wonach jeder Mensch zugleich Individuum und Teil der Gemeinschaft ist und eine unveräußerliche Würde hat. Zudem machen wir deutlich, welches Verständnis wir vom Staat und seinen Bürgern haben. Hieraus, genauso wie aus unseren zentralen Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, leiten wir unsere konkreten Grundsätze in den einzelnen Politikfeldern ab.

## Die CDU ist und bleibt die Familienpartei!

Für uns Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen ist klar: Die Familie ist und bleibt Kern und Keimzelle der Gesellschaft. Deshalb arbeiten wir für ein kinder- und familienfreundliches Nordrhein-Westfalen. Nur so kann es gelingen, dass sich mehr Menschen für Familie und Kinder entscheiden. Für die CDU

Nordrhein-Westfalen gehört die Familienpolitik zu den zentralen Politikfeldern. Sie ist für uns Zukunfts- und Standortpolitik. Deshalb sehen wir sie als Querschnittsaufgabe für alle anderen Politikbereiche und für alle gesellschaftlichen Akteure. Damit Nordrhein-Westfalen noch attraktiver für Familien wird, wollen wir den Menschen echte Wahlfreiheit ermöglichen. Jede Familie soll selbst entscheiden, wie sie familiäres Zusammenleben gestalten möchte.

### Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit und marktwirtschaftliches Handeln mit Solidarität und sozialem Ausgleich. Ihr Ziel ist Wohlstand für alle. Wir wollen, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Wir stehen daher für eine Kultur der Verantwortung und wollen Eigeninitiative und Eigenverantwortung stärken. Die Vergemeinschaftung von Risiken lehnen wir ab.

Nordrhein-Westfalen ist das Land großer Industrien und soll es bleiben. Nordrhein-Westfalen ist aber auch ein Land des Mittelstands und Handwerks. Wir wollen die vorhandenen Potenziale noch besser nutzen und dazu die vorhandenen Instrumente, wie beispielsweise die NRW.Bank, stärker einsetzen, um so neue Wachstumsimpulse zu setzen. Jeder ökonomische Erfolg beruht auf dem Fleiß und Leistungswillen, dem Ideenreichtum und der Risiko- und Verantwortungsbereitschaft von Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir fördern daher den Mut zur Selbständigkeit und zur unternehmeri-

schen Existenzgründung. Basis einer guten Wirtschaftspolitik ist eine solide Finanzpolitik. Hier wollen wir einen Mentalitäts- und Paradigmenwechsel erreichen. Unsere Finanzpolitik orientiert sich strikt am Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir machen uns dafür stark, dass alle Ausgaben und Aufgaben immer wieder kritisch begutachtet und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin bewertet werden.

### Die CDU Nordrhein-Westfalen ist die Europapartei

Die Europäische Integration gehört seit den Zeiten Konrad Adenauers und Karl Arnolds zum Markenkern der CDU Nordrhein-Westfalen. Wir bleiben der Motor der Europäischen Integration. Wir wollen mehr Europa und nicht weniger. Dabei darf das Tempo der Europäischen Integration nicht vom langsamsten Mitgliedsstaat vorgegeben werden. Länder, die sich bereit fühlen, müssen in einzelnen Dingen gemeinsam vorweg gehen können. Nordrhein-Westfalen wächst mit seinen Nachbarn zusammen. Lebens- und Arbeitsräume kennen schon längst keine Grenzen mehr. Als Bundesland im Herzen der Europäischen Union profitieren wir in besonderer Weise vom zusammenwachsenden Europa. In unserem Land kreuzen sich die wichtigsten Handelskorridore des Kontinents. Wir sind die zentrale Drehscheibe und wollen uns in Zukunft noch stärker als Logistikstandort profilieren.

### Machen auch Sie mit! Schreiben Sie uns Ihre Vorschläge zum Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen!

#### Ihre Ansprechpartner in der Landesgeschäftsstelle:

👤 Dr. Guido Hitze

☎ Telefon 0211/13600-13

📠 Fax 0211/13600-15

✉ guido.hitze@cdu-nrw.de

👤 Dr. Stephan Terhorst

☎ Telefon 0211/13600-20

📠 Fax 0211/13600-15

✉ stephan.terhorst@cdu-nrw.de

ANZEIGE

Sabine Godde  
STEUERBERATERIN

## Fit for Fiskus



Neben den üblichen Steuerberatungsleistungen wie Finanzbuchhaltung, Lohn, Jahresabschluss mit und ohne Prüfungshandlungen und Steuererklärungen, bin ich u.a. in folgenden Bereichen tätig:

- ✓ Schenkung- und Erbschaftsteuer mit Nachfolgeplanung
- ✓ Steuergestaltung
- ✓ Wirtschaftsberatung
- ✓ Rechtsformwahl
- ✓ Selbstanzeige, Steuerstrafverfahren
- ✓ Firmengründungen oder Erweiterungen



Laschet feiert Geburtstag im Sauerland – Regierung bekommt ihr Fett weg – Löttgen „reimt“ sich zu Rot-Grün etwas zusammen

## „Nordrhein-Westfalen muss aufholen!“

Alle Fotos: Sondermann

Der 14. Politische Aschermittwoch der CDU Nordrhein-Westfalen stand im Zeichen der Traditionen. Zünftige Musik des Musikvereins Bilstein unter Leitung von Erwin Völkel und, wie man das von einem Politischen Aschermittwoch erwarten kann: Schlagabtausch mit dem politischen Gegner ohne Schongang.

### Rot-Grün lässt die Region „links liegen“

So kritisierte Theo Kruse, Vorsitzender des gastgebenden CDU-Kreisverbands Olpe, Rot-Grün ruiniere das Land und setze die Zukunftsperspektiven der nachfolgenden Generationen aufs Spiel. Konkret nehme der Entwurf des Landesentwicklungsplans der Region Südwestfalen die Perspektive und lasse alle Dörfer mit weniger als 2.000 Einwohnern sprichwörtlich „links liegen“. Dem Geburtstagskind Armin Laschet überreichte Kruse einen „Rothaarsteig-Rucksack“ mit festem und flüssigem Proviant für den langen Marsch bis 2017 und empfahl die Wanderung: „Dort ist die Sauerstoffzufuhr besonders hoch. Hier haben die Leute einen klaren Kopf, und mit einem klaren Kopf kommen für die CDU gute Wahlergebnisse zustande!“

### Löttgen reimt über die Pannen der Landesregierung

Generalsekretär Bodo Löttgen trug seine Rede erstmals komplett in Reimform vor. 117 Wochen vor dem Wechsel bei der Landtagswahl 2017 eine Neuerung, die für gespannte Aufmerksamkeit sorgte. Der Finanzminister mit der Haushaltsperre, die Ministerpräsidentin im Funkloch in Brandenburg, der Innenminister im nicht angemeldeten Dienstfahrzeug, die Schulministerin, die bei der Inklusion nur Flickschusterei hervorbringt oder der Verkehrsminister, der nach Geld aus Berlin ruft, statt für baureife Pläne zu sorgen – vor Löttgens Reimen war keines der rot-grünen Kabinettsmitglieder sicher. Überraschen konnte der Generalsekretär auch den Landesvorsitzenden, der zum Geburtstag eine goldene Figur Karls des Großen erhielt. „Dieser Karl soll Dich in Deinem Büro an die drei Grund-

lagen der Karolingischen Bildungsreform erinnern, die Kaiser Karl festlegte: Fehler berichtigen, Überflüssiges entfernen und Richtiges fördern.“

### Gut, dass Angela Merkel Kanzlerin ist

Zu Beginn seiner Rede ließ der Landes- und Fraktionsvorsitzende Armin Laschet das vergangene Jahr Revue passieren. Es sei das Jahr des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg gewesen, dessen Konflikte im vereinten Europa so weit weg schienen – bis mit der Ukraine-Krise ein Konflikt in der Nachbarschaft der EU eskalierte. „In Zeiten wie diesen sind wir froh, eine Kanzlerin wie Angela Merkel zu haben. Sie handelt nach dem Motto ‚Reden statt Schießen‘ und auf sie ist Verlass!“ Auch zu den Anschlägen der vergangenen Wochen äußerte er sich. „Wir lassen uns unsere Meinungsfreiheit von niemandem kaputt machen, wir dulden keinen Terrorismus in Deutschland und Europa“, zeigte sich Laschet solidarisch mit Frankreich und Dänemark. In diesem Zusammenhang wies Laschet auch auf eine Aktion der Landespartei hin, die sich für mehr Respekt gegenüber der Polizei einsetzt: „Die Polizisten sind die, die als erstes den Kopf hinhalten, sie brauchen unsere Unterstützung und unseren Respekt!“

### Mit dem Geld, das man einnimmt, auch auskommen

Die „Schwarze Null“, also die Tatsache, dass der Bundeshaushalt erstmals seit 45 Jahren ohne neue Schulden auskommt, bezeichnete Laschet als Verdienst von Finanzminister Wolfgang Schäuble und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Deutlich kritisierte er die Ministerpräsidentin, die die Schwarze Null als einen „Fetisch“ bezeichnet hatte. Laschet: „Im Bund haben wir 45 Jahre lang auf diesen Tag gewartet. Politik muss mit dem Geld, das der Staat einnimmt, auch auskommen.“ Immer sollten bei Frau Kraft andere bezahlen – andere Länder oder kommende

Generationen. Dabei gehe es darum, das Land wieder nach vorne zu bringen, dafür zu sorgen, dass Nordrhein-Westfalen wieder wettbewerbsfähig werde: „Wer in guten Zeiten nicht in der Lage ist zu sparen, der wird das in schlechten Zeiten noch weniger tun, und deshalb muss heute eine Kurskorrektur her – die erwarten wir auch von einer Ministerpräsidentin!“

### Wer nicht regiert, kann auch nichts erklären

Statt zu regieren und sich für das Land einzusetzen, halte Frau Kraft eine Regierungserklärung, die selbst in den eigenen Reihen für Verwunderung gesorgt haben dürfte, zum Thema Digitalisierung. „Das war eine reine Inszenierung, ohne eine Antwort auf die Frage zu geben, was mit den Berufen ist, die vielleicht durch die Digitalisierung wegfallen können, ohne wichtige Themen wie Breitbandausbau im ländlichen Raum anzusprechen. Wer aber nicht regiert, hat auch nichts zu erklären“, so Laschet, der der Landesregierung vorwarf, das Land schlecht zu regieren. Bei fast allen Werten liege Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich hinten – selbst bei den Bildungsfragen, auf die Rot-Grün immer so viel Wert gelegt habe und für die man auch zusätzliche Schulden aufgenommen habe. Laschet: „Wir

wollen, dass Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb der Länder aufholt, wir wollen nicht immer hinten sein.“ Nordrhein-Westfalen sei ein starkes Land. Dass das wieder sichtbar werde, dafür wolle die CDU ab 2017 wieder sorgen. „Ich lade Sie herzlich ein, mitzumachen bei diesem Wechsel.“

### Nordrhein-Westfalen hat bessere Landesregierung verdient

Bevor der Politische Aschermittwoch mit der Nationalhymne und dem traditionellen Heringsimbiss ausklang, hatte noch der Bezirksvorsitzende der CDU Südwestfalen Klaus Kaiser das Wort. Er lobte Laschet als jemanden, der wisse, wo der Schuh drücke, während die rot-grüne Landesregierung den Menschen nicht mehr zuhöre. Kaiser: „Hier ist jemand unterwegs, der weiß, wie wir unsere Zukunft meistern können, und wie wir wieder vorankommen.“ Unter dieser Prämisse forderte Kaiser die 450 Gäste des Politischen Aschermittwochs auf, jetzt deutlich zu machen, wohin man Nordrhein-Westfalen führen müsse: „Nordrhein-Westfalen hat besseres verdient als diese Landesregierung!“



### Karl der Große – in klein

Die Stadt Aachen hat im vergangenen Jahr, 1.200 Jahre nach seinem Tod, mit einem Karlsjahr an Karl den Großen, häufig als Vater Europas bezeichnet, erinnert. Aus diesem Anlass hat sich der Künstler Ottmar Hörl einen „humorvollen Blick auf eine Legende“ erlaubt. 500 Kaiser-Karl-Figuren waren auf dem Katschhof zwischen Dom und Rathaus als künstlerische Installation aufgebaut. Eine solche Figur hat Armin Laschet, überzeugter „Öcher“, also Aachener, als Geburtstagsgeschenk bekommen.

Gastbeitrag von Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

## Wir brauchen die Mindestspeicherfrist

Ein Gespenst geht um in Deutschland und Europa – die „Vorratsdatenspeicherung“ sorgt seit Jahren für Kritik bei Datenschützern und Internetaktivisten. Zugleich fordern Strafverfolgungsexperten dieses Instrument, um Schwerkriminelle überführen und Verbrechen verhindern zu können. Viele Kritiker haben nur eine unklare Vorstellung, worum es bei der Vorratsdatenspeicherung wirklich geht. Und das liegt zum Teil auch an der entsprechenden europäischen Richtlinie, denn das Wortungetüm klingt, als ob sich der Staat einen Datenvorrat anlegt – aus Sorge vor „datenarmen“ Zeiten. Aber worum geht es hier eigentlich wirklich?

Gespeichert werden nicht die Inhalte der Kommunikation, sondern nur die Verbindungsdaten – zum Beispiel, wem eine Internetadresse zuzuordnen ist oder mit welcher Telefonnummer oder E-Mail-Adresse jemand wann kommuniziert hat. Der Staat sammelt die Daten auch nicht selbst, sondern die Daten werden da gespeichert, wo sie anfallen, nämlich bei den Telekommunikations-Unternehmen. Diese Daten werden im Moment je nach Unternehmen ein paar Minuten oder einige Wochen gespeichert. Nötig ist es daher nur, einen einheitlichen und ausreichenden Mindestzeitraum vorzugeben, in dem die Daten gespeichert bleiben sollen. Im Rahmen der europäischen Richtlinie haben wir uns in Deutschland für eine kurze Speicherfrist von einem halben Jahr entschieden. Der Staat hat auch kein generelles Zugriffsrecht auf diese Daten, sondern benötigt für die Übermittlung einen richterlichen Beschluss. Und den gibt es nur, wenn die Datensätze im Einzelfall zur Aufklärung eines eng umgrenzten Kreises schwerer Straftaten notwendig sind. Wer in dieser rechtsstaatlichen Lösung einen „Pauschalverdacht“ gegen alle Bürger sehen will, für den ist wahrscheinlich auch die Pflicht, sein Auto mit einem Kfz-Kennzeichen zu versehen, eine „Totalüberwachung“.

Häufig hinterlassen Täter ihre Spuren ausschließlich in der virtuellen Welt. Diese Spuren sind die Daten, die bei der modernen Kommunikation anfallen, zum Beispiel Telefonnummern oder IP-Adressen.

Wir brauchen die Mindestspeicherfrist dringend, um schwere Straftaten – Tötungsdelikte, Kinderpornografie, aber natürlich auch Taten mit terroristischem Hintergrund – aufklären zu können. Regelungen zu Mindestspeicherfristen gibt es heute in 22 Mitgliedstaaten der EU. Sie haben weder Missbrauch mit den Daten betrieben, noch mutierten sie zu Überwachungsstaaten. Richtig aber ist, dass dort Straftaten effektiver aufgeklärt werden können. Weder das Bundesverfassungsgericht noch der Europäische Gerichtshof haben die Mindestspeicherfrist per se für

## DEBATTE

*Angesichts der aktuellen Sicherheitslage wird das Thema der Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten intensiv diskutiert. Günter Krings und Thomas Jarzombek geben Denkanstöße.*

unzulässig erklärt. Im Gegenteil: Das Bundesverfassungsgericht hat klar gesagt, dass das Instrument mit der Verfassung vereinbar ist, wenn bestimmte datenschutzrechtliche Voraussetzungen erfüllt sind. Es gibt also auch aus Sicht des Datenschutzes keinen Grund, zu warten. Und es gibt im Interesse unserer Sicherheit keine Rechtfertigung mehr, zu warten.

Es ist daher an der Zeit, eine ernste Sicherheitslücke in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu schließen: Mit einem datenschutzkonformen Gesetz für Mindestspeicherfristen. ■

### Dr. Günter Krings MdB



ist seit 2002 für Mönchengladbach im Deutschen Bundestag. Seit Dezember 2013 ist der frühere stell. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises der Juristen in der CDU ist Mitglied im Landesvorstand der NRW-CDU und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Mönchengladbach. Seit November 2014 ist der gebürtige Rheydter Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein.

Foto: Albuquerque



Gastbeitrag von Thomas Jarzombek, Sprecher für Digitale Agenda der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

## Vorratsdatenspeicherung – mit Augenmaß



Als es noch das gute alte Wählscheibentelefon gab, bekam man am Monatsende eine Rechnung über alle Telefonate. Um diese zu berechnen, wurde beim Amt gespeichert, wann man mit wem und wie lange telefoniert hat. „Derrick“ und „Der Alte“ hatten es leicht, die letzten Gespräche einer Leiche zurückzuverfolgen.

Heute nutzen die meisten Telefonkunden eine Flatrate, zu einem pauschalen Preis kann unbegrenzt telefoniert werden. Direkte Folge: Bei den meisten Anbietern werden keine Verbindungsdaten mehr gespeichert, denn es ist zur Rechnungserstellung nicht mehr notwendig. Gleiches gilt auch für Internet-Verbindungen, wo es heute ohne Speicherung kaum mehr möglich ist, im Nachhinein herauszufinden, wer zum Zeitpunkt x hinter einer IP-Adresse steckte.

Wenn man nun auf die Terroristen von „Charlie Hebdo“ oder zuletzt auch in Kopenhagen schaut, so kann es für die Ermittler sicher hilfreich sein, nach der Tat Einblick in solche Verbindungsdaten zu nehmen. Damit lässt sich im Nachhinein eine solche Tat nicht verhindern, aber vielleicht ein Netzwerk aufdecken. Und damit weitere Taten verhindern. Ein guter Grund, das Thema Vorratsdatenspeicherung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Denn es gab sie in Deutschland, beschlossen von der ersten großen Koalition unter Angela Merkel im Jahr 2007. Doch das Bundesverfassungsgericht erklärte sie drei Jahre später für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Hauptgründe: Der Staat gab keine Sicherheitsstandards für die Speicherung vor und zu viele

durften darauf zugreifen. Ähnliche Gründe bewogen den Europäischen Gerichtshof (EuGH) im vergangenen Jahr, zu einem ähnlichen Urteil zu kommen. Seitdem ist die Vorratsdatenspeicherung ein politischer Zankapfel. Vielleicht hat man ehemals einfach zu viel gewollt. Denn neben den Verbindungsdaten wurden auch Standortdaten von Mobiltelefonen gespeichert, so dass ein komplettes Bewegungsprofil eines jeden Bürgers erstellt wurde. Auch fehlte ein klares Bekenntnis, dass nur schwerste Verbrechen mit diesen Daten aufzuklären sind.

Wie kann es nun weitergehen? Der Koalitionsvertrag spricht sich für eine Wiedereinführung aus. Begrenzt auf eine verkürzte Speicherfrist von drei Monaten und als Akt europäischer Gesetzgebung. Letzteres ist derzeit offenkundig ein Problem, zumal europäische Gesetzgebung und deren nationale Umsetzung oftmals viele, viele Jahre dauern. In der aktuellen Sicherheitslage wird man so lange nicht warten wollen. Deshalb braucht es vor allem Augenmaß bei einem neuen Vorstoß. Kurze Speicherfristen von maximal vier Wochen, strengere und verbindlichere Sicherheitsstandards sowie die Begrenzung auf die Ermittlung schwerster Straftaten halte ich für angezeigt. Außerdem braucht es einen Mechanismus, dass diese Dinge nach Einführung nicht mit einfacher Mehrheit später ausgeweitet werden können. Dazu wäre die europäische Lösung in der Tat ein gutes Instrument, aber es werden sich auch andere Mechanismen finden, um dieses Ziel zu erreichen.

Zum Schluss ist mir aber eines sehr wichtig: Technik kann niemals Ermittler ersetzen. In den letzten zehn Jahren haben wir eine Reihe von Gesetzesinitiativen gesehen, die ein Stückweit von Technikgläubigkeit geprägt waren, wie das Zugangserschwerungsgesetz. Deshalb muss bei neuen Gesetzen zur Vorratsdatenspeicherung eines klar gestellt werden: Es dürfen keine Ermittler eingespart werden. Denn gute Ermittlungsarbeit ist am Ende eben durch nichts zu ersetzen. ■

### Thomas Jarzombek MdB



sitzt seit 2009 für Düsseldorf im Deutschen Bundestag. Nach mehrjährigem Engagement in der Jungen Union, als Kreisvorsitzender in Düsseldorf und sechs Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender, wurde Jarzombek zunächst in die Bezirksvertretung gewählt, dann in den Stadtrat und 2005 in den Landtag gewählt. Während seines Studiums der Wirtschaftswissenschaften machte er sich mit IT-Dienstleistungen selbstständig. Seine Firma betreibt heute den IT-Service für eine ganze Reihe mittelständischer Unternehmen in Düsseldorf. Seit Januar 2014 ist Jarzombek Vorsitzender der CDU Düsseldorf.

Foto: Koch

# 12 Fragen an Ashok-Alexander Sridharan

**Ashok-Alexander Sridharan** wurde am 15. Juni 1965 in Bonn als Sohn eines indischen Diplomaten und einer Bonnerin geboren. Als bönnsche Jung mit indischen Wurzeln studierte er in Bonn Rechtswissenschaft und trat im Juli 1993 der CDU bei. Seine berufliche Laufbahn begann als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Justitiariat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei Dr. Franz Möller MdB. Seit 1996 ist er in der Verwaltung der Stadt Königswinter beschäftigt, seit 2002 als Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer. Neben seinem Engagement in der Schulpflegschaft nimmt der Vater von drei Söhnen am Halb-Marathon in Bonn teil. Am 22. November 2014 wurde er von der Bonner CDU zur Wahl zum Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn aufgestellt und will am 13. September 2015 das Rathaus der Beethovenstadt nach 21 Jahren für die CDU zurückgewinnen.



**Was war Ihr erster Berufswunsch?**

Pilot.

**Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?**

Jeder Tag ist ein guter Tag, wenn man ihn dazu macht!

**Welches Lied singen Sie gerne?**

„Unser Stammbaum“ von den Bläck Fööss.

**Was mögen Sie an der CDU?**

Ihre christlich geprägte Vielfalt.

**Welches politische Projekt möchten Sie vorantreiben?**

Bonn als Wohn-, Bildungs- und Arbeitsstandort noch liebens- und lebenswerter machen und international als Kultur- und Kongressstadt etablieren.

**In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?**

In dem ersten Kinofilm unseres ältesten Sohnes, der Drehbuchautor werden will und derzeit Kultur- und Medienwissenschaften studiert.

**Was ist Ihre größte Schwäche?**

An einem guten Essen kann ich nicht vorbei gehen...

**Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?**

Zwar nicht auf dem Nachttisch, aber neben dem Sofa liegen „Inferno“ von Dan Brown und „Was man für Geld nicht kaufen kann“ von Michael J. Sandel.

**Was können Sie besonders gut kochen?**

Wasser! Scherz beiseite: Braten jeder Art und flambierte Steaks.

**Wie können Sie am Besten entspannen?**

Beim Laufen und beim Skifahren!

**Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?**

Wenn nicht im Bonner Raum, dann am Bodensee!

**Welche Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?**

Sridharan im ersten Wahlgang Gewinner der OB-Wahl in Bonn.

## 12 Fragen an **Katrin Brenner**

**Katrin Brenner** wurde am 12. Mai 1968 in Menden/Sauerland geboren. Nach dem Abitur jobbte sie sechs Monate in einer Fabrik als Akkordarbeiterin, um sich das ersehnte Auto kaufen zu können. Über drei Studiengänge Diplom-Verwaltungswirtin (FH), Diplom-Betriebswirtin (VWA) und Bachelor of Facilitymanagement kam die zweifache Mutter 2008 in den Verwaltungsvorstand der Stadt Iserlohn als Ressortleiterin Soziales und Sport. 2009 wurde sie vom Rat der Stadt Iserlohn zur Ersten Beigeordneten gewählt. Katrin Brenner, die seit 1997 Mitglied in der CDU ist, kandidiert bei der Kommunalwahl im September als Bürgermeisterin für Iserlohn.

**Was war Ihr erster Berufswunsch?**

Tierärztin.

**Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?**

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es (Erich Kästner).

**Welches Lied singen Sie gerne?**

Gwendolyn Kucharsky von Funny van Dannen.

**Was mögen Sie an der CDU?**

Die Vielfalt der Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Bereichen und die sich daraus ergebende Breite an Themenfeldern.

**Welches politische Projekt möchten Sie vorantreiben?**

Einrichtung von Seniorenschutzprojekten, wirklich nachhaltige und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen in Schulen.

**In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?**

„Zusammen ist man weniger allein“ von Claude Berri.

**Was ist Ihre größte Schwäche?**

Lakritz.

**Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?**

„In Europa“ von Geert Mak, „Sternstunden der Menschheit“ von Stefan Zweig.

**Was können Sie besonders gut kochen?**

Linsensuppe und Grünkohl.

**Wie können Sie am Besten entspannen?**

Bei stundenlangen Spaziergängen mit meinem Hund.

**Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?**

Überall dort, wo meine Familie ist.

**Welche Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?**

Katrin Brenner gewinnt den Iserlohner Jedermanntriathlon!

# VON NIETEN UND PULVERFÄSSERN

## DIE REGIERUNGSFÄHIGKEIT DER ROT-GRÜNEN LANDESREGIERUNG

Foto: Staatskanzlei NRW / R. Sondermann

Es läuft gerade einfach nicht so richtig bei der rot-grünen Landesregierung. Doch was ist passiert, dass die einst als Wunschartner gestarteten Koalitionäre wie gelähmt auf ihren Posten sitzen und es ihnen unmöglich ist, ihrem eigenen Gestaltungsanspruch auch nur annähernd gerecht zu werden? Diese Regierung ist sich einfach nicht einig!

Längst haben sich zutiefst unterschiedliche Auffassungen zu einer ganzen Reihe von Politikthemen entwickelt. Die Regierung gleicht einem Pulverfass, dem die Lunte immer näher kommt. Zu viel Bewegung, Gestaltung, ein Funke Inspiration würde die Explosion auslösen. Dieses Risiko kann und will das Duo Kraft-Löhrmann nicht eingehen. Im Mittelpunkt der Blockade stehen der grüne Umweltminister Johannes Rempel und SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin. Und eigentlich die Frage: Wohin steuert NRW? Wenn man sich nicht bewegt, ist das schwierig auszumachen.



### JOHANNES REMPELS ÖKO – RUNDUMSCHLAG

Johannes Rempel, Umweltminister und im Nebenjob Vorzeigeideologe der Grünen, hat ein Problem. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft haben die Grünen ihr Lieblings- und Profilierungsthema verloren. Es ist schwierig, gegen etwas zu sein, wenn es eigentlich nicht mehr existiert. Und auch schwierig „Öko-Partei“ zu sein, wenn die Kernkraft DAS große Thema war, mit dem man wahrgenommen wurde. Zwar waren die Grünen auch immer gegen die heimische Braunkohle, nur war der Preis für die Regierungsbeteiligung ein Einknicken in dieser Frage. Auf der Suche nach einem neuen Öko-Thema hat Rempel nun also zum Rundumschlag ausgeholt: Landesentwicklungsplan, Energiepolitik, Klimaschutzplan, Klimaschutzgesetz, Jagdgesetz, Tariftrueugesetz – allem haben Rempel und Löhrmann ihren gutmensch-grünen Anstrich verpasst. Vergessen oder ignoriert haben sie dabei, dass sie im größten Industrieland Deutschlands regieren und ein Großteil der Menschen in Nordrhein-Westfalen direkt oder indirekt von der Industrie lebt. In ihrem Streben nach Profilierung übersehen

die Grünen, dass ein verantwortungsvoller Regierungsakteur sein Handeln auch auf den Ausgleich unterschiedlicher Interessen auslegen muss.

Die Oppositionsparteien, allen voran Armin Laschet und die CDU, gehen mit dieser Art von Politik, bei der obrigkeitstaatliche Planung Privatinitiative zu ersticken droht, hart ins Gericht. Unermüdlich erklärt Laschet den Grünen, dass einem mittelständischen, expansionswilligen Unternehmen in Ostwestfalen-Lippe nicht geholfen ist, wenn es nach dem Willen der Behörden auf das Bochumer Opel-Werksgelände ausweichen soll. Oder dass in einem europäischen Markt für CO<sub>2</sub>-Zertifikate eine Absenkung der nordrhein-westfälischen CO<sub>2</sub>-Emissionen dem Klima nicht nützen (das CO<sub>2</sub> würde dann in Polen, Tschechien oder Frankreich verpustet), dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsstandort aber massiv schaden würde.

Die einhellige Kritik – von CDU, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften – verhallt. SPD-Fraktionschef Norbert Römer, eigentlich die Abteilung Attacke der SPD, aber neulich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung als „Niete“ bezeichnet, findet in der Regel keine Antworten. Und wenn doch, hören ihm aber nicht einmal die eigenen Abgeordneten zu.

## DUIN KANN NICHT MIT DER WIRTSCHAFT

Besonders hart trifft es den SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin. Er, der mit Vorschusslorbeeren bedachte „Wirtschaftsversteher“ aus Niedersachsen, ausgerechnet er gehört nun einer Regierung an, die nun so gar nicht mit der Wirtschaft will oder kann. Wahrscheinlich sieht er vieles anders als die Regierung – gehört wird er nicht. Lange duckte er sich weg, reiste viel in Gegenden, wo Presse und Öffentlichkeit ihn nicht wahrnahmen, und nahm sich nicht einmal Zeit für Ford-Chef Mark Fields, der aus den USA angereist war. Wegducken allerdings stellte sich als schlechte Strategie heraus: Duin gilt als blass und unfähig, die Interessen seines Ministeriums durchzusetzen. Längst hört man aus Wirtschaftskreisen hinter vorgehaltener Hand, dass man Duin einlade, wenn man eine elegant vorgetragene Rede hören wolle; wer hingegen Entscheidungen wolle, gehe zu Rimmel.



So etwas nagt am Ego und so startet Duin – nun ganz mutig geworden – Testballons. Jüngst kündigte er in der WAZ an, die Landesregierung werde das Tariftreue- und Vergabegesetz „überprüfen“. Es sei, so gibt er zu Protokoll, zurzeit mit bürokratischen Auflagen überfrachtet. Ebenso stellte er den neuen Landesentwicklungsplan in Frage. Es dürfe nicht sein, dass funktionierende Unternehmen deswegen aus NRW abwanderten. Haben Sie es bemerkt? Duin nimmt die Position der CDU ein. Noch ganz leise, und vielleicht überhörbar. Es ist jedoch zu vermuten, dass Rimmel diese Gegenrede nicht auf sich sitzen lassen wird. Und so sehr es Armin Laschet und die CDU freut, dass in der Regierung mal einer zuhört: Effektives Regierungshandeln sieht anders aus.

## WALTER – BORJANS UND DIE FRAGE NACH DEM "WERT" DER KULTUR

Noch immer ungelöst ist der Streit um den Umgang mit den Portigon-Kunstwerken zwischen Kulturministerin Ute Schäfer und Finanzminister Norbert Walter-Borjans (in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung übrigens auch zur „Niete“ gekürt/beide SPD). Mehrfach hat „NoWaBo“ gegen den Unmut seiner Parteifreundin, der Opposition und Kunstszene deutlich gemacht, dass er weitere Kunstwerke gewinnbringend veräußern will. Zwar hatte Ministerpräsidentin Kraft interveniert, trotzdem lässt der Finanzminister nicht nach. Unermüdlich nutzt er Begriffe wie „Gläubigerschutz“, „Trennung von Vermögenssphären“ oder „EU-rechtskonforme Abwicklung“ und versucht so zu verdecken, dass er zum härtesten Widersacher der Kulturministerin geworden ist.



Walter-Borjans könnte aber auch für Löhrmann zum Spielverderber werden. Ihr Prestigeprojekt, die Inklusion im Schulbereich, droht neben vielen handwerklichen Mängeln eben auch an den Finanzen zu scheitern. Rund 7.000 Lehrer, so rechnen die Lehrgewerkschaften und Verbände vor, müssten zusätzlich eingestellt werden. Der Grund: Anders lässt sich die meist nötige Doppelbesetzung in Inklusionsklassen nicht umsetzen. Löhrmann plant bis 2017 mit 3.200 Stellen – „unverantwortbar“ nennen das die Verbände. Leidtragende werden die Schülerinnen und Schüler sein. Tatsächlich hat die SPD aber bereits durchblicken lassen, dass im Haushalt 2016 weitere Kürzungen im Schulbudget vorgenommen werden müssen. Das Projekt droht zu scheitern, ein weiterer Konflikt ist vorprogrammiert.

Noch einmal zurück zu Johannes Rimmel: Etwas abseits der Titelseiten hat der Minister die große Gruppe der Jäger gegen sich aufgebracht. Die Änderung des Landesjagdgesetzes ist für ihn Herzensangelegenheit. Mit aller Macht versucht er sein (überwiegend städtisches) Klientel damit zufriedenzustellen. Während Rimmel beteuert, dass es ihm in erster Linie um Tierschutz und die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz gehe, fühlen sich die Jäger und Landwirte bekämpft und dämonisiert. Zu oft schon hat Rimmel Jägern „Mordlust“ vorgeworfen, zu sehr macht er deutlich, dass er die Jagd am liebsten abschaffen würde.

Abgeordnete der SPD haben dies erkannt. Viele von ihnen sind selber Jäger und müssen sich den Unmut der Menschen in ihren Wahlkreisen anhören. In Bürgerversammlungen schließen sie sich den Protesten an, kündigen Änderungen am Gesetzentwurf an und drohen damit, im Landtag gegen den Entwurf zu stimmen. Dass Rimmels Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form geräuschlos vom Parlament verabschiedet wird, darf zumindest bezweifelt werden.

Mit dem Slogan „Verantwortung für NRW. Heute die Zukunft gestalten“ war die SPD einst in den Wahlkampf gezogen. Vom Gestalten ist bei der Regierung nicht mehr viel übrig geblieben. Mit dem Rücken gegen die Wand sind die Damen Kraft und Löhrmann dazu gezwungen, Schadensbegrenzung zu betreiben. Die Kabinettsmitglieder kämpfen gegeneinander, von dem einst beschworenen Team ist nicht viel übrig geblieben. Die selbst verschuldete Schuldenmisere hat die Regierung auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt und die Sollbruchstellen deutlich gemacht – jeder kämpft für die eigenen Lieblingsprojekte, ein gemeinsames Konzept ist nicht mehr erkennbar. Das Pulverfass wartet nur noch auf seinen Funken. ■

Von Isabelle Fischer



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Rochlitzer, Lupe: Shutterstock

## Löttgens Lupe

**Regie|run|gs|er|klä|rung**, die, *Substantiv, feminin*, ist eine Erläuterung politischer **▷ Handlungen**, **▷ Pläne** und **▷ Absichten** einer Regierung, die damit ihren **▷ Standpunkt** zu bestimmten politischen Fragen darlegt.

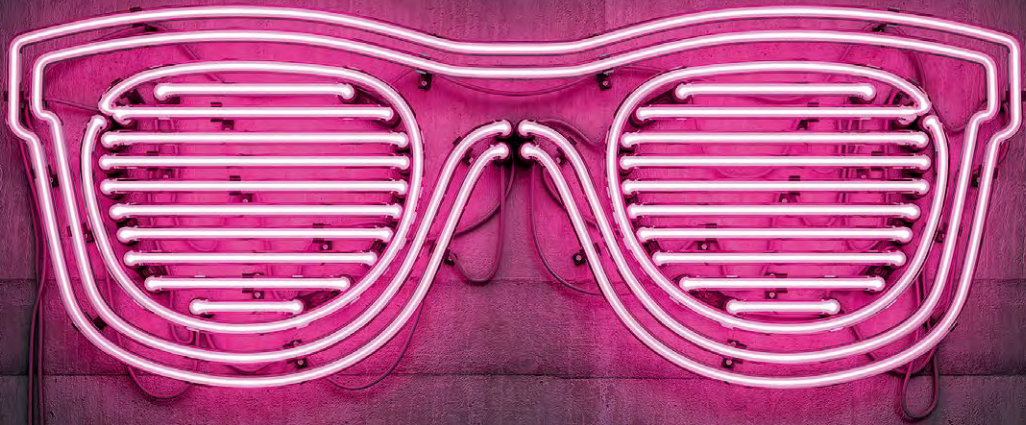
Es sollte der Befreiungsschlag für die krisengeschüttelte rot-grüne Landesregierung werden. Mit dem Thema „Digitaler Wandel“ wollte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ihrer Politik neuen Glanz verleihen, wollte das ramponierte Image aufpolieren.

Was die Ministerpräsidentin dann unter dem Titel „MegaBits. MegaHerz. MegaStark“ als Regierungserklärung präsentierte, ließ selbst hartgesottene Hannelore-Fans rat- und fassungslos zurück. Dutzende kleinteiliger Einzelpunkte, quälend und ohne jede Leidenschaft vorgetragen. Ein zusammenschusterter Flickenteppich, der für niemanden erkennen ließ, wie das für unser Industrieland so wichtige Thema der Digitalisierung in der Regierungspolitik zukünftig angepackt und umgesetzt werden soll.

„Regierungsarbeit erklären heißt nicht, alles vorzulesen, was Referate aufschreiben.“ Diese Kritik des CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet brachte es auf den Punkt und sorgte auf der Regierungsbank für rote Ohren. Seine Rede macht den Unterschied zwischen Opposition und rot-grüner Landesregierung deutlich: Für die CDU zählt das Erreichte, für Rot-Grün reicht das Erzählte!

Ein einziger, einsamer Antrag der Regierungsfaktionen zum Thema Digitalisierung in mehr als zwei Jahren zeigt drastisch das mangelnde Interesse an diesem Thema. Um aufzuholen und den Anschluss an unsere Mitbewerber wieder herzustellen, brauchen wir keine Kraft'schen Worthülsen wie „NRW muss the place zu be werden“. Handel, Handwerk, Industrie sind ebenso wie wir alle darauf angewiesen, dass in Düsseldorf endlich eine Politik gemacht wird, die den enormen Potentialen der Digitalisierung gerecht wird. Aber die Prioritäten der Landesregierung liegen anscheinend an anderer Stelle: nach Zeitungsinformationen will Frau Kraft für eine geplante Reise im Herbst nach Südamerika noch schnell einen Spanisch-Crash-Kurs belegen. Für sie vielleicht nützlich, für die Menschen im Land unnötig: Den meisten Nordrhein-Westfalen kommt die Politik der rot-grünen Landesregierung schon länger spanisch vor!

**Verwandte Artikel:** Er|klä|run|gs|not|stand, der, *Substantiv* ■




**DURCHBLICK GESETZLICH VERBOTEN:  
DIE FENSTER VON SPIELHALLEN MÜSSEN  
BLICKDICHT BEKLEBT WERDEN.**

**KEIN SPIEL  
OHNE REGELN.**



[www.automatenwirtschaft.de](http://www.automatenwirtschaft.de)



***Ich will für die  
Bildung in NRW  
mehr machen, als  
nur ein Kreuz.***

**CDU**

***Mach mehr für NRW  
als nur ein Kreuz***



Wir alle wollen 2017 den Wechsel in der Politik Nordrhein-Westfalens. Doch so ein Wechsel passiert nicht einfach, sondern er wird gemacht. Erarbeitet. Erwirkt. Nicht von irgendwem, sondern von uns allen, gemeinsam, auch von Ihnen. Den Grundstein wollen wir schon im September 2015 legen – bei den Oberbürgermeister-, Landrats- und Bürgermeisterwahlen.

***Dafür brauchen wir Menschen, die mehr machen wollen, als nur ihr Kreuz bei der Wahl.***

Sie haben in Ihrem Bekannten-, Verwandten- und Freundeskreis jemanden, der sein Engagement, sein Wissen oder sein Können bei der CDU in Nordrhein-Westfalen einbringen möchte? Der mit uns die Wochen bis zum Wechsel arbeiten und als Teil unseres Erfolgsteams den Aufbruch in Nordrhein-Westfalen nicht nur erleben, sondern aktiv gestalten möchte? Dann gewinnen Sie ihn doch für die Mitarbeit in unserer Partei. Zusammen bringen wir Nordrhein-Westfalen wieder auf Erfolgskurs.



Für weitere Mitglieder-Werbecoupons verwenden Sie einfach nebenstehenden QR-Code oder besuchen Sie uns im Internet auf [www.cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://www.cdu-nrw.de/mitgliedwerden)



**CDU**

[www.cdu-nrw.de](http://www.cdu-nrw.de)



**CDU**

*Ich will für die Sicherheit in NRW  
mehr machen, als nur ein Kreuz.*



**CDU**

*Ich will für die Wirtschaft in NRW  
mehr machen, als nur ein Kreuz.*



**CDU**

*Ich will für die Bildung in NRW  
mehr machen, als nur ein Kreuz.*





**Mach mehr für NRW  
als nur ein Kreuz**

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

Name	Vorname	Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.

**Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von:**  
(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)

	€
--	---

Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial auch per E-Mail - genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Unterschrift, Datum	

**Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://cdu-nrw.de/mitgliedwerden).**



**Mach mehr für NRW  
als nur ein Kreuz**

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

Name	Vorname	Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.

**Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von:**  
(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)

	€
--	---

Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial auch per E-Mail - genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Unterschrift, Datum	

**Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://cdu-nrw.de/mitgliedwerden).**



**Mach mehr für NRW  
als nur ein Kreuz**

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

Name	Vorname	Staatsangehörigkeit

Straße, Hausnummer	Postleitzahl	Ort

Geburtsdatum	Telefonnummer	E-Mail-Adresse

Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§3 Abs. 9 BDSG z.B. politische Meinungen) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Partei erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand von Einladungen auf dem elektronischen Wege steht in diesem Fall dem Postwege gleich.

**Ich zahle einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von:**  
(zur Orientierung: von 10.- Euro erhalten der Bundes- und Landesverband 2.- Euro. Im Kreisverband verbleiben 8.- Euro. Über die weiteren Zahlungsmodalitäten wird Sie der zuständige Kreisverband informieren.)

	€
--	---

Ja, ich bin damit einverstanden, dass meine Daten von der CDU Deutschlands, den Gliederungen und Sonderorganisationen der CDU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial auch per E-Mail - genutzt werden. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ort, Unterschrift, Datum	

**Im frankierten Kuvert an: CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Oder füllen Sie Ihren Mitgliedsantrag einfach online aus unter [cdu-nrw.de/mitgliedwerden](http://cdu-nrw.de/mitgliedwerden).**

